Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang · Sonnabend, 11. Juni 1921 · Nummer 267 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 11 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. pr. Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 95 M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 29.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Generalstreik in München

Herausfordernde Haltung der Münchener Polizei — Die Schuld der Regierung Kahr

Das Machtwort der Arbeiter

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 10. Juni.

Das Aktionskomitee der drei sozialistischen Parteien, der Gewerkschaften und der Betriebsräte hat heute einen dreitägigen Protest-Generalstreik beschlossen. Der Streikbeginn ist für München auf Freitag, nachts 12 Uhr, festgesetzt und dauert bis Montag, nachts 12 Uhr. Der Streik für das übrige Bayern soll aus technischen Gründen erst am Sonntag beginnen.

Sonnabend, nachmittag 3 Uhr, findet in München in den Ausstellungshallen eine gemeinschaftliche Protestkundgebung der drei sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften statt. Die bürgerliche Presse wird am Sonnabend nicht erscheinen. Die sozialistische Presse erscheint nur mit politischen Text ohne Inseratenteil.

Im Gewerkschaftshaus, dem Sitz des Streikkomitees, wurde heute abend von der Polizei Haussuchung nach Streikflugblättern gehalten. Verbreiter der Flugblätter, die zum Generalstreik auffordern, werden auf den Straßen von Polizeibeamten angehalten, namentlich festgestellt und die Flugblätter auf Grund des Ausnahmezustandes beschlagnahmt, weil sie nicht der Polizei zur Genehmigung vorgelegt worden sind.

Das Telephonamt hat auf Weisung der Münchener Polizeidirektion sämtliche Telephonanschlüsse zum Gewerkschaftshaus, in dem sich auch das Parteibureau der U. S. P. befindet, gesperrt.

Der dreitägige Generalstreik der Münchener Arbeiter ist die Antwort auf die unerhörte Herausforderung, die das bayerische Proletariat länger als ein Jahr geduldig über sich ergehen ließ. Er ist mehr als eine spontane Entrüstung über den Mord an einen edlen und selbstlosen Führer der Arbeiterschaft. Er ist der Ausdruck des Machtwillens, die unerträglichen Zustände, die unter der Regierung Kahr herangereift sind und die den politischen Meuchelmord zum System erhoben haben, nicht länger zu dulden. Er ist der Schrei nach Gerechtigkeit und nach Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände, die von der Regierung Kahr, seit sie zur Macht gekommen ist, immer wieder mit Füßen getreten werden.

Und schon erhebt sich von neuem im Hintergrund der Ereignisse das schwarze Angesicht der Reaktion. Der Münchener Polizeipräsident, Herr Poehner, unter dessen schützenden Fittichen sich jeder politische Verbrecher verbergen kann, hat die Telephonverbindung mit dem Gewerkschaftshaus gesperrt. Seine Spitzel gehen nicht den Spuren des Mörders und seiner Hintermänner nach. Sie haben die Instruktion, nach den Verbreitern der Streikflugblätter zu fahnden, die Flugblätter zu beschlagnahmen, damit die Arbeiterklasse nicht wachgerüttelt werde zum Kampf gegen ein System, welches sich die Niederschlagung der Arbeiterbewegung und die Wiederherstellung der Monarchie zum Ziele gesetzt hat. Der Polizeipräsident Poehner begründet seine Maßnahme damit, daß in Bayern der Ausnahmezustand bestehe und jedes Flugblatt der polizeilichen Genehmigung unterliege. Damit bestätigt Herr Poehner, daß der Ausnahmezustand zum Schutze der Reaktion, gegen das Streben der Arbeiterklasse nach freiheitlichen Zuständen und damit auch zum Schutze des politischen Verbrechertums bestimmt ist, das sich um die Fahne der Regierung Kahr wie ein Fliegengeschmeiß aus allen Gauen Deutschlands versammelt hat.

Die bayerische Regierung weint indessen Krokodilstränen. Durch eine offiziöse Erklärung gibt sie scheinheilig ihrer Entrüstung über die schurkische Tat, die an dem Genossen Gareis verübt wurde, Ausdruck. Wenn diese Entrüstung ernst gemeint wäre, müßte die Regierung Kahr zu der Erkenntnis kommen, daß sie die Verantwortung für den Meuchelmord trägt. Und sie müßte daraus die Konsequenz ziehen, freiwillig zurückzutreten, zum Zeichen dafür, daß sie noch eines Schamgefühls fähig ist. Die Regierung Kahr besitzt weder Scham- noch Verantwortlichkeitsgefühl. Ihre Macht ist nicht verkörpert in den Männern, die gegenwärtig die Regierungszügel in den Händen haben, und die sich außer einer maßlosen politischen Gerissenheit, gesteigert zur Skrupellosigkeit und Hinterhältigkeit, durch keine anderen Eigenschaften auszeichnen. Nein, hinter Kahr, Poehner und Roth steckt die militaristische Bande, die sich nach dem Kapp-Putsch in Bayern niedergelassen hat, steckt die gesamte norddeutsche Reaktion, die mit München die engsten Beziehungen unterhält, die in der Regierung Kahr eine Machtposition erblickt, die unter keinen Umständen fallen darf, weil mit dem Sturz der gegenwärtigen Regierung und mit der Beseitigung der reaktionären Institutionen, die sie sich geschaffen hat, ein starker Wall der deutschen monarchistischen Bewegung überhaupt fallen würde.

Daß die Zustände in Bayern soweit gediehen sind, dafür ist freilich in erster Linie die Reichsregierung verantwortlich. Seit Monaten haben wir auf die Gefahren, die von Bayern her die Republik bedrohen, hingewiesen. Die Regierung Fehrenbach hat alle Mahnungen überhört, Orgesch und Einwohnerwehren wurden von ihr geradezu in Schutz genommen, bis durch das Treiben dieser Organisationen Deutschland nahe an den Rand des Abgrundes gebracht wurde. Die Deutsche Volkspartei, die in der Regierung Fehrenbach der treibende Faktor war, hat Bayern geradezu ermuntert, an den Einwohnerwehren festzuhalten und der demokratische Minister Koch, der sich um den Preis eines Ministersessels an die Deutsche Volkspartei gebunden fühlte, unternah nnichts, um in Bayern gesetzliche Zustände herzustellen. Der Ausnahmezustand blieb mit Billigung der Reichsregierung und sämtlicher bürgerlichen Parteien des Reichstages für Bayern bestehen. Vergebens war der Verstoß unserer Reichstagsfraktion. Und deshalb trägt neben der verflossenen Reichsregierung auch die bürgerliche Mehrheit des Reichstages die Verantwortung für die anarchistischen Zustände, die jetzt in Bayern eingerissen sind.

Soll das Spiel so weiter gehen? Kahr wird nicht freiwillig auf seine Macht verzichten. Die Parole, die mit dem Generalstreik der Münchner Arbeiter verbunden ist, muß der Kampfruf des gesamten deutschen Proletariats werden, sie muß das politische Programm sein, für das die ganze deutsche Arbeiterklasse in den nächsten Tagen und Wochen zu kämpfen hat: Hinweg mit der Regierung Kahr!

Die Reichsregierung aber wird wissen, daß das Schicksal der Republik mit der Beseitigung des Kahr-Systems auf Gedeih und Verderb verbunden ist. Zwar wird die Versicherung abgegeben, daß die Regierung Kahr gewillt sei, die Entwaffnung der Einwohnerwehren und der Orgesch durchzuführen. Das Versprechen Kahrs ist jedoch bedeutungslos, so lange die Reichsregierung nicht endlich rücksichtslos ihren Willen kundgibt und mit der bisherigen Politik endgültig Schluß macht. Denn Kahr ist nicht nur Regierungsmann, er ist auch Orgeschmann. Und alle führenden Männer der Orgesch in Bayern haben nicht die ernste Absicht, das gegebene Versprechen zu erfüllen. Herr Escherich droht bereits, daß seine Organisation, dem Ultimatum der Entente zum Trotz, fortbestehen werde. Er fühlt sich sogar stark genug, gegen den Reichskanzler eine Klage auf Verfassungsbruch anzustrengen, weil dieser die Auflösung der Orgesch befohlen hat. Mit der Gerissenheit politischer Schieber wird jetzt in der bayrischen Regierungspresse behauptet, daß die Angaben des bayrischen Staatssekretärs über den Umfang der Bewaffnung der Einwohnerwehr nicht zutreffend seien. Statt der offiziell angegebenen Ziffer von 300 000 Gewehren, sollen tatsächlich nur 50 000 vorhanden sein. Die Absicht derartiger Erklärungen liegt offen zutage. Bayern will nur einen Teil der Gewehre abgeben, den großen Rest aber für besondere Zwecke reservieren. Schon werden Waffen massenweise nach Tirol verschoben, um von dort zur gegebenen Stunde wieder nach Bayern zurückzuwandern.

Bayern bildet also nach wie vor eine Quelle neuer inner- und außenpolitischer Katastrophen. Es kann zu einem Brandherd für ganz Europa werden, wenn die Ermordung des unabhängigen Führers für die Reichsregierung nicht das Signal bildet, die Verschwörerherde auszuheben und den Reichsgesetzen Geltung zu verschaffen. Die Beseitigung des Ausnahmezustandes, der Sturz der Regierung Kahr, das sind nicht nur die Voraussetzungen für die Verhinderung neuer Meuchelmorde. Von der Erfüllung dieser Forderungen hängt auch die nächste inner- und außenpolitische Zukunft der deutschen Republik ab.

Die Persönlichkeit Gareis'

Es ist seltsam, daß sich die rohen Mörderhände, die die gemeinen Gedanken der feige im Hintergrund bleibenden Reaktions- und Ordnungsgesellschaft so prompt ausführen, immer wieder gegen die edelsten, besten und menschlich reinsten Führer des Proletariats richten. Von der selbstlosen Aufopferung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs braucht man keine Worte mehr zu machen. Der unantastbare Charakter Hugo Haases, der reine Idealismus Kurt Eisners und das an Heiligengestalten mahnende sanfte Wesen Landauers sind so bekannt, daß sogar die ausgesprochensten Gegner sie nicht zu leugnen wagen. Und nun das neue Opfer der bürgerlichen Mörderbande: Genosse Gareis. Auch er gehört in die Reihe der selbstlosen Idealisten, der innerlich zarten und vornehmen Menschen. Er ist über die Grenzen Bayerns, über die Grenzen seines persönlichen Wirkungskreises nicht so bekannt geworden; man weiß im Reiche kaum, einen wie wertvollen Menschen in ihm sich die Ordnungsbestie wieder zum Opfer erkoren hat. Er ist der großen Oeffentlichkeit nicht so bekannt geworden, eben weil sein Wesen so ganz aufs Innerliche gerichtet war und gröbere, äußerliche Wirkungen verschmähte. Aber wer im persönlichen Verkehr und Gespräch ihn kennen lernen durfte, der fand in ihm nicht nur einen klugen Politiker, sondern etwas, was mehr ist: einen feinen und guten Menschen. Er stand im politischen Kampf nicht aus Freude am Kampf, sondern von innerem Zorn und Ekel über Ungerechtigkeit und Unwahrheit getrieben. Er war einer der reinen Kämpfer des Lichts gegen das Dunkel und den Schmutz einer verderbten, schlechten Gesellschaft.

Wer ihn kannte, der wird in diesem Mord, wie im Falle Landauer, eine besonders rohe Schandtat des weißen Bürgertums sehen. Und er wird wissen, daß es durchaus kein Zufall ist, wenn hier wieder einer der besten und wertvollsten Führer des Proletariats erschlagen wurde. Die rohen Hände, die diese Bluttat ausführten, sie wußten gewiß nicht, an wem sie sich vergriffen. Aber die feige Gesellschaft, die diesen Händen das Opfer zeigte, die diese Hände führte und auf Gareis richtete, sie wußte nur zu gut, daß sie wieder einen der besten und reinsten und eben deshalb gefährlichsten Kämpfer aus dem Wege räumte. Alle scheinheiligen und rührenden Worte der Orgeschregierung waschen das Kainszeichen des Mordes nicht von ihrer Verbrecherstirn. Wir kennen die Schuldigen. Nicht der arme, verblendete und verrohte Täter, den man nun vielleicht hervorholen wird, — die Herren Escherich und Kahr mit ihren Freunden in ganz Deutschland, das sind die Mörder dieses reinen und edlen Kämpfers, der ihnen im Wege war, eben weil er in ihre schmutzigen Geschäfte hineinleuchtete.

*

Abgeordneter Karl Gareis war geboren am 17. November 1889 zu Regensburg. Er besuchte die Gymnasien in München und Altstädt, studierte an den Universitäten in München, Berlin und Leipzig von 1908—12 Geschichte, Philosophie und Philologie. Vom August 1914 bis November 1917 war er im Heeresdienst und lange in französischer Gefangenschaft. Seit dem 1. November 1917 Assistent am Gymnasium Homburg in der Pfalz, Weißenburg, Pasing bei München und in Aschaffenburg. In den bayerischen Landtag wurde er am 6. Juni 1920 gewählt und war dort zweiter Vorsitzender der Landtagsfraktion. Zu allen wichtigen politischen Fragen war er der Redner der Partei. Auf dem letzten Parteitag der bayerischen U. S. P. wurde er in den bayerischen Landesvorstand der U. S. P. gewählt. Seit etwa einem halben Jahre war er verheiratet.

Krokodilstränen

Der Bayerische Landtag ist gegenwärtig vertagt. Die Ausschüsse, die gestern vormittag zusammengetreten sind, nahmen die Nachricht von der Ermordung des Genossen Gareis mit großer Bestürzung auf. Der Besoldungsausschuß vertagte sich zum Zeichen der Trauer, nachdem der Vorsitzende seinen Abscheu über die Mordtat ausgedrückt und hervorgehoben hatte, daß „der Ermordete durch seinen unermüdlichen Eifer, seinem Fleiß und sein ganzes persönliches Wesen sich auch die Achtung der Gegner erworben habe." Auch der Präsident des Landtags, Königsbauer, hat in einem Schreiben an die Fraktion der U. S. P. D. sein Beileid über die Mordtat ausgesprochen. Die bayerische Regierung hat folgende Erklärung an die Presse gegeben:

„Die bayerische Staatsregierung gibt der schärfsten Entrüstung Ausdruck, über die Freveltat, welcher in der vergangenen Nacht der Landtagsabgeordnete Gareis zum Opfer gefallen ist. Die Staatsregierung bedauert aufrichtig, **daß dieser durch hohe Geistesgaben ausgezeichnete Mann durch die ruchlose Tat eines gewissenlosen oder fanatischen Menschen so plötzlich aus dem Leben gerissen ist.** Sie spricht dem Landtag wie den Hinterbliebenen ihre wärmste Teilnahme aus. Leider ist es bis jetzt nicht gelungen, den Täter festzustellen. Die Staatsregierung wird alles aufbieten, ihn ausfindig zu machen und die Motive seiner Tat aufzuklären. Verschiedentlich hat die Polizeiverwaltung bereits alle Maßnahmen getroffen und eine Belohnung von 10 000 M. für die Ermittelung des Täters ausgesetzt. Die Staatsregierung richtet aus diesem Anlaß erneut an alle Bevölkerungskreise die ernste Mahnung, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren und die Regierung in der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu unterstützen."

Diese Erklärung ist nichts als eine elende Heuchelei. Dieselbe Regierung, die Krokodilstränen über den politischen Mord vergießt, hat nichts getan gegen die Aufforderungen zum Mord, die in den Amtsblättern der bayerischen Regierung erschienen. Leitende Mitglieder der bayerischen Einwohnerwehr haben geradezu Anweisungen zum Mord gegeben und sich dabei darauf berufen, daß der Ministerpräsident von Kahr solche Taten decken würde. Die Arbeiterschaft wird jetzt zur „Ruhe und Ordnung" ermahnt, während die hakenkreuzlerischen Mordbuben ungestört politische Versammlungsredner auf der Straße überfallen dürfen, ohne daß die Polizei einen Finger rührt. Darin sehen dann die Orgeschkreise eine

Aufmunterung zu weiteren Taten. Die Folge der Beschützung der Mordbuben durch die Regierung ist die Ermordung unseres Genossen Gareis, an dem die U. S. P. einen ihrer besten Köpfe verliert.

*

Der Präsident des Bayerischen Landtages, Königsbauer, hat anläßlich des an dem Abgeordneten Gareis verübten ruchlosen Mordes der Landtagsfraktion der U. S. P. folgendes Schreiben zugesandt: „Die Nachricht von dem plötzlichen Ableben unseres sehr geschätzten Kollegen, des Herrn Landtagsabgeordneten Gareis, der das Opfer eines bubenhaften Mordes geworden ist, hat mich und alle Kollegen auf das tiefste erschüttert. Im Namen des Landtages beehre ich mich, der Fraktion meine herzlichste und aufrichtigste Teilnahme an dem schweren Verlust mit der Versicherung auszudrücken, daß wir alle dem Dahingeschiedenen ein treues Andenken bewahren werden."

Die Arbeiterschaft wird derartige Beileidskundgebungen richtig zu würdigen wissen. Wenn die Herrschaften den Mord an dem Genossen Gareis wirklich beklagen, müssen sie sich auch zu der Schlußfolgerung bekennen, die sich aus dem Mord ergibt. Und diese lautet: Nieder mit der Regierung Kahr—Pöhner—Roth!

Die Schuld der Regierung

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 10. Juni.

Unser Münchener Parteiorgan „Der Kampf" schreibt in einer Sonderausgabe:

„Wir reden nicht mehr von dem einzelnen Mörder, sondern von ihnen, die wir alle kennen aus der bayerischen Ordnungszelle, und für die die Regierung Kahr die Verantwortung trägt. **Denn sie ist ja seit ihrem Bestehen der Schutzherr aller dieser Elemente.** Der Mord an Gareis mag ihr peinlich sein, aber der zertrümmerte Schädel des Ermordeten ist eine furchtbare Anklage gegen sie, **denn er ist nur der Schlußpunkt jener fortgesetzten Verbrechen, die unter dem Regime der Kahr-Poehner-Roth begangen worden sind!**

Es gibt in Bayern keine Mörderzentrale. Das haben die Verantwortlichen der bayerischen Ordnungszelle in der Affäre Dobner—Bracheur gesagt, in der gerade Genosse Gareis derjenige war, der mit aller Leidenschaftlichkeit, die eigen war, auf restlose Klärung drang. Nun ist die restlose Klärung der Verbrechen da. In dem Ermordeten liegt sie vor uns! Nein, das Blut unseres ermordeten Genossen spricht eine zu deutliche Sprache, als daß sich die Kahr, Poehner und Roth der intellektuellen Verantwortung für die Mordtat zu entziehen vermöchten. **Kann eine solche Schandregierung in Deutschland noch länger bestehen,** in einem Deutschland, das auf dem Wege ist, durch Niederringung einiger Blut- und Eisenmänner eine Versöhnung mit dem Auslande anzubahnen? Muß nicht die Ermordung des Genossen Gareis in der bayerischen Ordnungszelle im Auslande das schlechteste Licht auf die deutschen Zustände werfen? **Die Arbeiterklasse kann nicht mehr länger dulden, daß in einem deutschen Bundesstaate noch eine Regierung besteht, die keinerlei Garantien gegen die wildeste und schrankenloseste Mordanarchie bietet.** Die bestehende Regierung, mag sie beteuern was sie will: **alle ihre Worte sind Lüge und Finte, und kein Mensch glaubt ihr mehr.**

Die Ermordung des Genossen Gareis ist ein flammendes Zeichen dafür, **daß die bayerische und die deutsche Arbeiterschaft erwachen muß, um den inneren und äußeren Frieden gegen die Mörder der Reaktion und gegen die Anarchie bewaffneter Orgeschbanden zu sichern.** Wir müssen unser Gewissen wachrufen und das aller ehrlichen und rechtlich denkenden deutschen Staatsbürger.

Wir fragen auch diejenigen bayerischen und deutschen Staatsbürger, die nicht auf unserem Boden stehen: **wollt und könnt ihr im Interesse der deutschen Nation noch länger zusehen, wie die einfachsten Staatsbürgerrechte durch das System Kahr—Poehner—Roth mit Füßen getreten werden?** Wir wollen keine Gewaltanwendung, wir wollen nur Gerechtigkeit. **Und diese Gerechtigkeit verlangt, daß mit der Regierung Kahr und ihrem Polizeisystem gründlich aufgeräumt werde!** Denn sie sind für den Mord verantwortlich."

Die rechtssozialistische „Münchener Post" schreibt: „Genosse Gareis ist das Opfer jener zügellosen Mordpropaganda geworden, **die seit einem Jahre von den Behörden der bayerischen Ordnungszelle wohlwollend geduldet wurde.** Für diese Behörden gibt es heute keine Ausrede mehr, wenn ihnen angesichts der Ermordung des Genossen Gareis die niederschmetterndste Anklage in das Gesicht geschleudert wird. Denn seit Monaten warnt die „Münchener Post", die Kahr, Roth und Poehner vor den Folgen faszistischer Drohungen politischer Mordgesellen. Umsonst! **Die Sprache der deutschvölkischen Faszisten wurde immer drohender, pöbelhafter und aufreizender.** In der Oeffentlichkeit ist dies niemals bekannt geworden, daß Herr von Kahr gegen seine eigenen Amtsblätter einschritt, die nicht nur öffentlich den politischen Mord verherrlichten, sondern zu diesem direkt aufmunterten."

Münchner Pressestimmen

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 10. Juni.

Die bürgerliche Presse Münchens verurteilt mit gutgespielter Heuchelei die ruchlose Mordtat an dem Genossen Gareis. Zugleich nimmt sie die Regierung Kahr in Schutz und versucht, die Tat als die Ausgeburt eines fanatischen Gehirns hinzustellen. Kein Wort verliert sie gegen das System Kahr, das dem politischen Mord gerade propagiert hat. Dabei kann es diese feile Presse, die von der intellektuellen Mitschuld an der Mordtat nicht freigesprochen werden kann, nicht unterlassen, den Ermordeten zu beschmutzen und ihm, der die reinsten Ziele verfolgte, unehrenhafte Motive bei seinem Kampf gegen die bewaffnete Konterrevolution zu unterschieben. So schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten" in ihrer Abendausgabe: „Wenn das Organ der U. S. P. D. heute von einem Opfer der Reaktion spricht, das der Abgeordnete Gareis geworden sei, so ist diese Art politischer Ausnützung nicht weniger verabscheuungswürdig und feige, als die Tat selbst, die nur ein blinder Fanatiker, abseits jeder politischen Partei stehend, begehen konnte. Diese Tat einer Partei oder der Regierung und den staatlichen Einrichtungen, die in keinem Lande der Welt jemals imstande waren, Verbrechen exaltierter Menschen zu verhindern, zuschieben zu wollen, heißt nichts anderes, als in verbrecherischer Art die allgemeine Empörung über eine nichtswürdige Bluttat in den Schrei nach Blutrache umzuwandeln!"

Die deutschnationale „München-Augsburger Abendzeitung" schreibt: „Die Ursache zu dem Anfall auf den Abgeordneten Gareis ist zweifellos in politischen Motiven zu suchen. Wenn nun auch die politischen Anschauungen der Unabhängigen einen wahren Vaterlandsfreund zur unbedingten Gegnerschaft herausfordern mußten, wenn insbesondere die politische Kampfesweise des Getöteten und seine dabei angewandte unlautere Methode (!!) bis weit in die sozialistischen Kreise hinein Anstoß und Empörung erregte (gerade das Gegenteil ist richtig! D. R.), so ist doch diese Art der Vernichtung des Gegners aufs allerschärfste zu verurteilen."

Die „Münchener Zeitung" schreibt: „Es hält schwer, sich ein Bild der Tat und ihrer Motive zu machen. Man ist auf Vermutungen angewiesen, **die auszusprechen angesichts der Schwere der Tat im Hinblick auf die Zeitumstände und die möglichen Folgen besser unterbleiben."**

Es hat den Anschein, daß auch dieses bürgerliche Blatt, die Täter in dem gleichen Lager vermutet wie wir, nämlich in den Kreisen der Einwohnerwehr.

Berliner Pressestimmen

Die Regierung Kahr ist schuldig

Der „Vorwärts":

„Ein politisches Kapitalverbrechen ist verübt worden, die Ermordung eines Führers der Münchener Arbeiterschaft, eines Mannes, der auch in den Reihen der übrigen sozialistischen Parteien Achtung und Ansehen genoß. Der Ort der Tat ist nicht durch Zufall München, jenes München, wo unter der Regierung Kahrs reaktionäre Gewaltakte gegen sozialistische Führer an der Tagesordnung sind. Die bayerische „Ordnungszelle" erweist sich als das Eldorado nationalistischer Meuchelmörder, die feige aus dem Hinterhalt ihre Opfer erledigen.

Vielleicht sollte die Ermordung des Abgeordneten Gareis ein Racheakt für die Auflösung der Einwohnerwehren sein? Wir wissen es nicht. Aber eins wissen wir mit voller Bestimmtheit: In dem Staat, der von allen deutschen Gliedstaaten die reaktionärste Regierung besitzt und sich mit seiner von ihr geschaffenen „Ordnung" brüstet, — in diesem Staat ist der politische Meuchelmord durch reaktionäre Elemente zur stehenden Erscheinung geworden. Und das trotz Einwohnerwehr, trotz Orgesch, Orzeuz usw. — oder vielmehr: gerade deswegen!"

„Berliner Tageblatt":

„Gewisse Kreise Süd-Bayerns (es wäre falsch, von ganz Bayern zu sprechen, da der Gegensatz nicht zwischen Bayern und dem Reich, sondern innerhalb Bayerns besteht) haben Bayern oft als die Ordnungszelle gerühmt, von der aus dem übrigen Deutschland Ruhe und Sicherheit wiedergegeben werden müsse. **In schneidendem Widerspruch zu diesen Worten steht die lange Reihe von Gewalttaten, die gerade in Bayer ngegen politische Gegner verübt worden ist,** und die von der Ermordung Eisners und Landauers über die Mißhandlung des Berliner Arztes Dr. Hirschfeld zu den gewaltsamen Störungen der Versammlungen des Republikanischen Reichsbundes führt, wobei einmal Handgranaten geworfen wurden, das andere Mal ein Ueberfall auf den mehrheitssozialistischen Abgeordneten Alwin Sänger erfolgte. Jetzt reiht sich die Ermordung des Führers der Unabhängigen Gareis an. **Gareis war, wie auch die Kundgebung der bayerischen Regierung anerkennt, ein ausgezeichneter, selbstloser Mensch, der nach Rückkehr aus Krieg und Gefangenschaft sich der Politik hingab, um dem Volk und dem Lande zu helfen.** Die Räterepublik in München hatte er als planlos und aussichtslos zu verhindern gesucht. In einem Brief, der im vierten Ziel-Jahrbuch veröffentlicht ist, legt er sein politisches und menschliches Glaubensbekenntnis ab, welches in der Notwendigkeit gipfelt, daß die „Geistigen" mehr als bisher in das politische Leben eintreten ... Sache der Regierung wird es sein, nicht nur mit Worten ihr Beileid kundzutun, sondern mit aller Entschiedenheit den festen Willen, solchen Gewalttaten ein für allemal ein Ende zu machen, durchzusetzen. Das kann ihr nicht schwer fallen, wenn sie wirklich die starke Regierung ist, als die sie sich selbst gern bezeichnet."

„Berliner Volkszeitung":

„Ein neuer politischer Mord in der bayerischen „Ordnungszelle!" Wieder ist es der Führer in der U. S. P. in Bayern, der gleich seinem Vorgänger Kurt Eisner das Opfer eines feigen Attentats geworden ist. **Der Todesweg von Eisner bis Gareis ist noch mit unzähligen andern Wegmarken versehen, die uns die neubayerischen Zustände in ihrer wahren Gestalt erkennen lassen:** die Ermordung Landauers, die Ueberfälle auf Magnus Hirschfeld und Kurt Rosenfeld, der Handgranatenwurf in die erste Versammlung des Republikanischen Reichsbundes und der feige Ueberfall auf den mehrheitssozialistischen Abgeordneten Dr. Sänger! **Man kann getrost von einem System des individuellen Terrors sprechen, das scham- und schonungslos von geheimen Cliquen angewendet wird, um mißliebige Personen zu beseitigen ...**

Nach den Motiven für diesen feigen Mord braucht man nicht lange zu suchen. Der Abgeordnete Gareis war der Führer der Unabhängigen im Münchener Landtag, und insbesondere vertrat er seine Partei im Haushaltsausschuß bei der Entwaffnungsfrage. Alle Winkelzüge der Kahrregierung und der Orgesch wurden von ihm schonungslos gegeißelt. Die Münchener Reaktionäre haßten ihn, den früheren Gymnasiallehrer, besonders, weil er aus den Kreisen der bürgerlichen Intelligenz stammte und geistig weit über seinen meisten politischen Gegnern stand. Man darf gespannt darauf sein, wie rasch Herr Poehner, der Münchener Polizeipräsident und Intimus von Kahr, den Mörder entdecken wird. **Wundern wird man sich nicht dürfen, wenn die bayerische und darüber hinaus die deutsche Arbeiterschaft von einem heiligen Zorn gegen die Politik der Schwarzen Hand erfaßt wird, die nun schon so zahlreiche Opfer gefordert hat."**

*

Die reaktionäre Presse bringt lediglich die nackten Meldungen über den Mord. Sie enthält sich jeder selbständigen Aeußerung. Das heißt soviel: sie billigt den Mord, wie sie ja bisher jede Mordtat, an Arbeiterführern verübt, begrüßt hat.

Wie Genosse Gareis ermordet wurde

Ueber die Ermordung des Abgeordneten Gareis macht die „Münchener Post" folgende Mitteilungen: Gareis verließ kurz nach 11 Uhr mit einem Freunde die Versammlung. Von der Straßenbahnhaltestelle gingen sie zu Fuß nach der Wohnung von Gareis in der Freystraße Nr. 1. Diese Straße ist sehr schlecht beleuchtet und es herrschte starke Dunkelheit. Gareis verabschiedete sich an der Tür des Vorgartens von seinem Freunde und wollte eben durch die Gartentüre eintreten, da fielen vier Schüsse. Der erste traf Gareis in den Kopf, und er stürzte sofort zusammen. Die anderen Schüsse gingen fehl. Auf die Schüsse kamen patroullierende Schutzleute und auch aus der Nachbarschaft kamen Leute und veranlaßten die Ueberführung des Genossen Gareis in das Schwabinger Krankenhaus, wo er um 3 Uhr Nachts starb. Der Täter floh in der Richtung Kunigundenstraße.

Die „Münchener Zeitung" teilt mit, daß die Schüsse aus etwa sieben Meter Entfernung abgegeben wurden. Die Kugel, die Gareis traf, ging hinter dem linken Ohr in das Gehirn. Ein Dienstmädchen, das in kurzer Entfernung hinter Gareis nach Hause ging, erklärte, einen Mann beobachtet zu haben, der schnellstens von der Ungererstraße herkam, rasch die Freystraße überquerte und dann zu schießen begann. Der Täter floh in der Richtung Kunigundenstraße. Gareis war seit einem halben Jahre verheiratet. Heute früh 7 Uhr erschien eine Gerichtskommission a mTatorte. Bis zur Stunde fehlt jede Spur des Täters. Dieser soll ein Mann mittlerer Größe sein, grauen Stoffhut, dunkelbraunen Sakko, Wickelgamaschen oder Touristenstrümpfe getragen haben.

Eisenbahnerstreik. Der gesamte Betrieb der Harz-Querbahn Nordhausen—Wernigerode, der auch die Brockenbahn umfaßt, ist seit gestern eingestellt. Das Personal hat wegen Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt.

Orgesch in der Sipo

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Halle, 10. Juni.

Während des Kommunistenputsches haben reaktionäre Offiziere, an der Spitze der Oberst von Hartwig, die günstige Gelegenheit benutzt, Zeitfreiwillige — Studenten usw. — in die Schutzpolizei einzuschmuggeln. Es ist deshalb auch kein Wunder, daß diese Bürschchen bei ihrer Ordnungstätigkeit ihrem Kommunistenhaß ungezügelten Lauf lassen. In der Presse sind in der letzten Zeit wiederholt Mitteilungen über schauderhafte Mißhandlungen von Gefangenen durch Sipoangehörige mitgeteilt worden.

Vor dem Ausnahmegericht in Halle ist in diesen Tagen erst festgestellt worden, daß Zeitfreiwillige, die sich in Sipouniform gesteckt haben, **Gefangene mit Revolvern bedroht und Geständnisse abgepreßt haben.** Jetzt teilt das rechtssozialistische Organ in Halle, das infolge seiner guten Beziehungen zur Sipo gut unterrichtet ist, mit, daß in mehreren dieser Berichte über Mißhandlungen durch die Schutzpolizisten ein Kern von Wahrheit enthalten sei. Es würde in diesen Fällen schonungslos und ohne Ansehen auf Personen oder Rang durchgegriffen. Das Untersuchungsmaterial sei bereits dem Regierungspräsidenten übergeben, der es bereits an die Staatsanwaltschaft weiter geleitet habe. Die betreffenden Beamten seien vom Dienst suspendiert worden. Die bisherigen Untersuchungen der Sipo-Scheußlichkeiten haben ergeben, daß Ausschreitungen nur in solchen Fällen vorgekommen seien, in denen gegen die ausdrückliche Anordnung des Oberpräsidenten Zeitfreiwillige eingestellt worden sind. Der Oberst von Hartwig ist sofort vom Dienst suspendiert worden, und die Orgeschfreiwilligen, die sich bis jetzt noch in der Sipo herumtrieben, seien angeblich entlassen worden.

Die Stinnespresse ist über diesen sogenannten „Dank der Roten" natürlich entrüstet und meint, es handele sich um diejenigen Leute, die in und um Halle schon mehrfach die Haut für die Existenz der Regierung zu Markte getragen hätten. Vor einem und vor zwei Jahren hätten sie gekämpft und geblutet, damit die rote Regierung nicht von den Kommunisten hinweggeschwemmt wurde dorthin, wohin sie gehört. Es geht daraus hervor, daß die Sipo-Schutzwehr stark von Orgeschzellen durchsetzt ist. Natürlich haben die Zeitfreiwilligen nie für die Republik, sondern stets für die Monarchie gekämpft.

Polizeiaktion in Halle

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Halle, 10. Juni.

Gegen die örtliche kommunistische Parteileitung ist seitens der Polizei dieser Tage eine große Aktion unternommen worden. Die gesamten Räume der Zentrale wurden versiegelt, die Gelder beschlagnahmt, sämtliche Angestellten sind verhaftet worden. Jetzt teilt die „Hallische Zeitung" auf Grund ihrer guten Beziehungen zur politischen Polizei mit, daß in der kommunistischen Zentrale ein großes Bureau zur Ausstellung falscher Legitimationspapiere unter Leitung des Abgeordneten Schumann festgestellt worden sei. Mit Hilfe von Spitzeln ist festgestellt worden, daß für zwölf junge Menschen Lebensmittelkarten, Invalidenkarten und Arbeiterausweise auf falsche Namen ausgestellt worden sind. Sämtliche Angestellte wurden verhaftet; aber bis auf einen wieder auf freien Fuß gesetzt.

Nationalistischer Unfug

Für Sonntag ist wieder einmal ein nationalistischer Rummel angekündigt. Es soll für die Freilassung der in Frankreich noch zurückgehaltenen Gefangenen demonstriert werden. Die Nationalisten spekulieren auf die Teilnahme, die jeder mitfühlende Mensch für die Armen haben wird, die noch immer im fremden Lande zurückgehalten werden. Es muß aber gesagt werden, was von den Nationalisten verschwiegen wird, daß es sich dabei um von den Gerichten Verurteilte handelt. Ein Teil davon ist wegen gewöhnlicher Vergehen, ein anderer wegen militärischer verurteilt worden. Das braucht uns nicht zu hindern, die Freilassung — vielleicht mit Ausnahme einiger unzweifelhafter Verbrecher —aufs dringendste zu wünschen, und es wäre vernünftig und anständig, wenn die französische Regierung sich dazu entschließen würde. Es ist aber nur eine schäbige, die Gefangenen selbst benachteiligende Geschäftigkeit und zugleich eine nationalistische Ausbeutung humaner Gesinnung, wenn die deutschnationalen und militaristischen Gewaltpolitiker sich in diese Angelegenheit mischen wollen. Unsere Partei hat selbstverständlich jede Beteiligung an einer solchen Kundgebung abgelehnt. Wir konnten dies um so eher, da wir gewiß sind, daß unsere französischen Genossen und darüber hinaus viele human denkende Franzosen sich der Angelegenheit annehmen. Dagegen war der Präsident des Reichstages Löbe, als Redner angekündigt, und auch Prof. Schücking.

Wir bedauern das und halten die Beteiligung für innen- und außenpolitisch schädlich.

Es wäre überhaupt endlich an der Zeit, wenn die Rechtssozialisten ein für allemal jenen „gemeinsamen" Kundgebungen fern blieben, die nur dem Nationalismus zugute kommen und die deutsche Politik im Ausland nur kompromittieren. Sie müssen schließlich verstehen, daß sich nur besudelt, wer sich mit Orgesch- und Stinnesleuten einläßt.

Die Berliner Arbeiterschaft wird sich jedenfalls an dieser Sache nicht beteiligen und die Herrschaften allein lassen.

Regierungskrise in Lippe

Im Ländchen Lippe bestand eine Regierung aus Sozialdemokraten, Demokraten und Vertretern der Deutschen Volkspartei. Diese Koalition hat sich aufgelöst, weil der Abgeordnete Müller, Mitglied der Deutschen Volkspartei, ausgeschieden ist. Den Grund dafür bildete die Haltung des Landtages zu einer Interpellation der Deutschen Volkspartei über die Anstellung auswärtiger Richter am Landgericht Detmold.

Es zeigt sich also, daß eine solche Koalition nicht einmal in dem der Weltgeschichte weit entrückten Ländchen Lippe arbeitsfähig ist. Der „Vorwärts" ermahnt daher auch seine lippeschen Genossen, sie mögen sehr genau überlegen, ob es sich empfiehlt, nochmals eine „Zwangsgemeinschaft" mit der Deutschen Volkspartei einzugehen.

Weitere Entspannung im Waldenburger Kohlenstreik. Im Waldenburger Bergrevier ist eine weitere Entspannung eingetreten. Am Freitag morgen ist die Arbeit nicht nur im Waldenburger, sondern auch im Neuroder Bergrevier, in dem gestern noch gestreikt wurde, fast vollständig wieder aufgenommen worden. Es herrscht Ruhe; zur Sicherheit bleibt aber eine Hundertschaft Schutzpolizei einstweilen noch im Waldenburger Revier.

Sie wollen nicht zahlen

Der Reichslandbund gegen die Besteuerung der Goldwerte

Systematische Drückebergerei ist der einzige politische Gesichtspunkt, der der Führerschaft des deutschen Agrariertums noch geblieben ist. Darum meldet sich der Reichslandbund schon jetzt zum Wort, um gegen die Steuerpläne der Regierung Einspruch zu erheben, noch bevor diese völlig klar formuliert sind. Er hat eine Entschließung angenommen, worin er zunächst das durchaus glaubwürdige Geständnis ablegt, daß die durch die Annahme des Ultimatums entstandene Situation sein Denkvermögen übersteigt. Ein Dorn im Auge ist den Agrariern vor allem die in Aussicht genommene besondere Besteuerung der Goldwerte, denn gerade sie sind es, die sich im Besitz solcher Werte in Gestalt von Grund und Boden befinden. Der Goldwert des Grund und Bodens sei viel geringer, als die Regierung ihn berechnet, behauptet der Reichslandbund. Aber die Rechenmethoden, deren sich diese Brüder in Steuerfragen bedienen, sind ja bekannt genug, so daß sich eine Auseinandersetzung darüber erübrigt. Sodann aber liege die Gefahr nahe, meint der Landbund weiter, daß durch ein solches Gesetz einer späteren Verstaatlichung des Bodens die Wege geebnet werden. Das würde nur den Absichten des „Feindbundes" Vorschub leisten, woraus sich also schließen läßt, daß die Wangenheim und Konsorten in Lloyd George und Briand ganz gefährliche Gesellen, nämlich Liebhaber der Sozialisierung des Grundbesitzes sehen. Diese werden mit Vergnügen lesen, daß sie vom Reichslandbund zu Gesinnungsgenossen Lenins gestempelt werden. Der Reichslandbund aber versichert, er werde alle ihm zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um zu verhindern, daß die deutsche Landwirtschaft zum dauernden „Fronsklaven des Feindbundes" gemacht wird.

Uns erscheinen die Dinge ein wenig anders. Es handelt sich darum, daß die Grundbesitzer durch die Uebernahme von Hypotheken nur mit einem sehr bescheidenen Opfer dazu beitragen sollen, daß das deutsche Volk herausgeführt wird aus jener Not, in die es vornehmlich durch die Schuld dieses echtpreußischen Agrariertums gestürzt worden ist, in deren Fronsklaverei es bisher gedient hat. Bisher war — besonders während des Krieges — das ganze Leben des arbeitenden Volkes in Deutschland ein einziger Frondienst für die Ausbeuter des heimischen Bodens. Das soll allerdings anders werden. Die Arbeiterschaft denkt nicht daran, die Lasten auf sich zu nehmen, die Deutschland durch die Schuld dieser Kriegsmacher, Wucherer und Plünderer zu tragen bekommen hat. Sie wird ferner dafür sorgen, daß die schmutzigen Finger dieser Gesellschaft aus allen politischen Angelegenheiten herausbleiben. Ihre Aufgabe ist nur noch: zahlen, wiedergutmachen.

Die Wirtschaftspolitik des Reiches

Regierungserklärungen über die wirtschaftlichen Maßnahmen zur Erfüllung des Ultimatums

Einem Beschluß in der Vollsitzung des Reichswirtschaftsrats am 8. Juni zufolge fand am 9. Juni eine **vertrauliche** Tagung des wirtschaftspolitischen Ausschusses **des Reichswirtschaftsrats gemeinsam mit dem sozialen und finanzpolitischen** Ausschuß statt, um die Erklärung der Regierung über die mit der Erfüllung des Ultimatums zusammenhängenden Pläne für die künftige Wirtschaftsgestaltung entgegenzunehmen.

Der Herr Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt erklärte: Gefordert wird vom deutschen Volk eine **feste Leistung von zwei Milliarden Goldmark** jährlich, eine variable, nach der Ausfuhr bemessene Leistung, die nach dem gegenwärtigen Stande auf etwa **1,25 Milliarden Goldmark** zu berechnen ist, und schließlich die Leistungen auf Grund der Ausgleichsforderungen und für die Besatzungskosten. Das sind

etwa 3¾ bis 4 Milliarden Goldmark,

oder 50 bis 60 Milliarden Papiermark, **die jährlich in Goldwerten** aufzubringen sind.

Teilweise geschieht diese Leistung durch Erhebung der 26 Prozent Ausfuhrabgabe in den feindlichen Ländern, zu deren Rückvergütung an den deutschen Exporteur in Papiermark die Reichsregierung verpflichtet ist. Im Zusammenhang hiermit steht die Frage, ob die Ausfuhr überhaupt gefördert oder gedrosselt werden soll, da sie als Index für die Höhe unserer Leistung gilt. Die Regierung ist der Ansicht, daß die nutztragende Ausfuhr erleichtert, die Einfuhr dagegen geregelt und besonders bei Luxusartikeln möglichst beschränkt werden soll.

Den hohen Leistungen müssen hohe Einnahmen entsprechen. **Die Steuern müssen ergiebig gemacht werden.** Die Umsatzsteuer und die Kohlensteuer müssen erhöht werden, die letztere so, daß der Unterschied zwischen Inland- und Weltmarktpreis fortlaufend verringert wird. Es ist weiterhin unmöglich, auf Kosten des Etats und durch Erhöhung der Schuldenlast die Preise gewisser lebensnotwendiger Produkte künstlich niedrig zu halten. Diese Preispolitik hat niedrige Löhne und in manchen Industrien **eine ungesunde Exportprämie** zur Folge gehabt. Sowie sie aufgegeben wird, ist auch

ein Ausgleich der Löhne und Gehälter

notwendig.

Die hohen kommenden Steuern legen den Gedanken einer **neuen Steuererhebung** nahe. Die in der Oeffentlichkeit erörterten Steuersyndikate scheinen vorerst jedoch nur da durchführbar, wo große Industrien sich bereits eine dafür benutzbare Organisation geschaffen haben. Als **weitere Einnahmequelle** kommt die Schaffung von neuen Monopolen, ferner die **Staatsbeteiligung an Realwerten** in Frage. Da Steuern allein keine genügende Deckung für 50 Milliarden pro Jahr ergeben können, muß der Gedanke einer **Gewinnbeteiligung des Reiches bei Betrieben,** so wie sie etwa in Schweden für den Bergbau, in Deutschland für das Reich bei der Reichsbank besteht, ins Auge gefaßt werden.

Zum Schluß führte der Minister aus, daß das Kabinett alle diese Fragen noch nicht endgültig entschieden habe. Es sei beabsichtigt, Schritt für Schritt vorzugehen, jede denkbare Lösung des Problems zu prüfen und

die schwere Last auf tragfähige Schultern

zu legen. Die Regierung sei fest entschlossen, alle Kräfte einzusetzen, um die Bedingungen zu erfüllen, und hoffe dabei auf die Unterstützung des Reichswirtschaftsrats.

Hierauf ergriff der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Hirsch, das Wort. Er berechnete die Summe dessen, was das deutsche Volk jährlich aufzubringen habe, um den Verpflichtungen aus dem Ultimatum und den Privatverpflichtungen an das Ausland gerecht zu werden, und ferner die notwendigen Einfuhren bestreiten zu können und machte darauf eingehende Mitteilungen über die Entwicklung der deutschen Ein- und Ausfuhr und die notwendige Steigerung der letzteren. Diese Steigerung ist einmal eine Frage der inneren Leistungsmöglichkeit, die der Staatssekretär bejahte, zum anderen eine Frage der Absatzmöglichkeit auf dem Weltmarkt.

Der Staatssekretär streifte dann die Frage der **inneren Finanzierung der Lasten,** der notwendigen Steuererhöhungen, insbesondere der Kohlen- und Umsatzsteuern und der **besonderen Besteuerung der Goldwerte.**

Zum Schluß gab er die Richtlinien für die Gestaltung der allgemeinen Wirtschaftspolitik des Reiches. Die künstliche Verbilligungsaktion müsse aufhören. Die Selbstkosten der Produktion würden dann auf das durch die allgemeinen weltwirtschaftlichen Verhältnisse bedingte Maß steigen und sich **den Weltmarktverhältnissen angleichen.** Die daraus in Deutschland entstehenden Zwischengewinne gehörten der **Abdeckung der Reparationslast.** Dadurch werde einerseits das sogenannte Valuta-Dumping und damit auch die Gegenmaßregeln der anderen Länder vermieden, andererseits zwinge dieser Druck zu einer Rationalisierung der Wirtschaft, die anders nicht in gleicher Weise zu erreichen sei. Die Produktionsgrundlage werde auch gefestigt werden durch Deckung des Etats und damit innere Festigung der Währung. Das Endziel der Regierung für ihre Maßnahmen sei stets die **Erhöhung der Produktivität,** die dem deutschen Volke verbleibt und dauernd nutzbar wird, auch wenn einst die Lasten abgetragen sind.

Ramdohr vor dem Reichsgericht

Staatsanwaltsantrag: 2 Jahre Gefängnis

Nach Beginn der gestrigen Verhandlung vor dem Reichsgericht ergriff Reichsanwalt Dr. **Feisenberger** als Vertreter der Anklage das Wort. Er wies darauf hin, daß es sich im Falle Ramdohr um Straftaten handele, die nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch zu beurteilen seien. Wesentlich sei, daß man es mit Kinderaussagen zu tun habe, bei deren Bewertung außerordentliche Vorsicht geboten sei. Der Reichsanwalt kommt bei der Prüfung der Stellung Ramdohrs zu dem Schluß, daß der Angeklagte wissen mußte, daß er mit dem Amt beliehen war, und eine Beamtentätigkeit ausübe. Jeder, der im öffentlichen Dienst stehe, habe die Rechtmäßigkeit seiner Handlungen zu prüfen. Der Reichsanwalt untersucht weiter, inwieweit die Festnahme Unverdächtiger oder Verdächtiger zulässig ist, und ob die Festnahme in rechtmäßiger Weise vorgenommen wurde. **Die Art und Weise, wie der Angeklagte die Jugendlichen nachts aus dem Bette geholt habe, könne nicht als zulässig angesehen werden, ebenso sei die Fesselung von Jugendlichen und das Zusammenbinden zweier Knaben unzulässig.** Positive Beweise dafür, daß der Angeklagte Essen und Wasser entzogen habe, sei nicht erbracht. Die Kinderaussagen seien mit großer Vorsicht aufzunehmen, sie seien zum großen Teil übertrieben, könnten aber nicht als völlig unwahr angesehen werden. In der unberechtigten Festnahme und Festhaltungen sowie in der Fesselung sowie in der Herausholung von Bekenntnissen liege eine einheitliche Handlung vor. Mildernde Umstände könnten dem Angeklagten zugebilligt werden; denn aus ehrlosen Motiven habe er nicht gehandelt. Der Reichsanwalt beantragte **eine Gesamtstrafe von 2 Jahren Gefängnis und Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von 5 Jahren.**

Der Verteidiger, Justizrat Dr. **Kaiser**-Leipzig, wendet sich zunächst gegen den Sinn der ganzen Kriegsprozesse, die nicht der Gerechtigkeit, sondern der Rache dienten. Dem Angeklagten müsse geglaubt werden, daß er sich nicht als Beamter, sondern als Soldat der Etappe gefühlt habe. Die Aussagen der Jugendlichen bezeichnet er als lügnerisch und vollkommen unzutreffend; es sei ihnen in keiner Weise Glauben zuzumessen. Der Verteidiger beantragte schließlich, den Angeklagten in allen Punkten freizusprechen.

In seiner Erwiderung stellt der Reichsanwalt fest, daß es nicht den Tatsachen entspräche, daß die Verfolgung der Kriegsdelikte auf Befehl der Entente erfolge. Sie geschehe vielmehr **auf Grund der deutschen Gesetzgebung, und es entspreche dem deutschen Rechtsempfinden, daß strafbare Handlungen auch zur Bestrafung gezogen würden.**

Nach kurzer Replik des Verteidigers und dem Schlußworte des Angeklagten, der dabei bleibt, **die Kinder niemals geschlagen zu haben,** wird die Verhandlung geschlossen.

Das Urteil soll heute, Sonnabend, verkündet werden.

Beamtenfragen

Anrechnung früherer Dienstjahre

Im Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten wurde die Beratung der **Ausführungsbestimmungen zum neuen Besoldungsgesetz** fortgesetzt. Ueber den Regierungsentwurf erstattete Abg. Deglerk (Dnat.) ausführlichen Bericht.

Geh. Rat Kühnemann (Reichsfinanzministerium) erklärte auf Befragung, daß die nach dem Inkrafttreten des Besoldungsgesetzes, aber vor der Verabschiedung des Nachtragsetats pensionierten Beamten dann noch nachträglich in höhere Besoldungsgruppen eingereiht werden könnten, wenn ihr früheres Amt seiner Bedeutung nach einer höheren Besoldungsgruppe zugeteilt worden sei, und wenn der Beamte zur Wahrnehmung dieses höher zu wertenden Amtes geeignet war. Auf Beamte, die vor dem 1. April 1921 ausgeschieden seien, könne natürlich das neue Besoldungsgesetz nicht angewendet werden. Härten könnten durch höhere Teuerungszuschläge ausgeglichen werden.

Abg. Steinkopf (Soz.) beantragt, daß im Gegensatz zu den Bestimmungen des Regierungsentwurfs im Falle der **Wiedereinstellung eines Beamten,** der seinerzeit aus einer planmäßigen Stelle des Reichsdienstes ausgeschieden war, die frühere Dienstzeit ganz oder teilweise oder in besonderen Fällen auch eine außerhalb des Reichsdienstes zurückgelegte Zeit praktischer Beschäftigung **auf das neue Besoldungsdienstalter angerechnet** werden könne.

Der Antrag Steinkopf (Soz.) wurde mit 12 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Auch der in der gestrigen Debatte behandelte sozialdemokratische Antrag, der eine Anrechnung der im Privatdienst verbrachten, den amtlichen Obliegenheiten gleichartigen Beschäftigung auf das Besoldungsdienstalter verlangte, wurde heute vom Ausschuß abgelehnt.

Preußen in der Welt voran

Die neuen Dressurparagraphen

In der Donnerstag-Sitzung der Geschäftsordnungskommission des Preußischen Landtages wurde die zweite Lesung der „revidierten" Geschäftsordnung zu Ende geführt. Wir haben zu der im Ausschuß angenommenen Entschließung Beyer (Zentrum), die im Falle der Verletzung der parlamentarischen Ordnung des Hauses durch einen Abgeordneten eine „Ahndung" durch zeitweilige Entziehung der Diäten vorsieht, bereits Stellung genommen. Die parlamentarischen Nachrichtenbureaus haben über den bemerkenswerten Vorgang nur kurz und tendenziös berichtet. Die Reden unseres **Vertreters und der Kommunisten wurden glatt unterschlagen.** Nicht einmal das Ergebnis der Abstimmung wurde mitgeteilt. Die Entschließung wurde mit 8 gegen 4 Stimmen angenommen, ein Ergebnis, das nur durch die Stimmenthaltung der Rechtssozialisten möglich wurde. Diese haben somit dem reaktionären Vorstoß der bürgerlichen Mehrheit indirekt Vorschub geleistet. Daß diese Absicht das Leitmotiv der Rechtssozialisten war, beweisen die bemerkenswerten Ausführungen des Rechtssozialisten Grzesinski, der sich zwar nicht direkt für den Antrag Beyer aussprach, aber nichtsdestoweniger betonte, daß **nach den Erfahrungen der letzten Sitzungen** und nach den Radauszenen der Kommunisten irgendetwas geschehen müßte. Die Geschäftsordnung, d. h. die Ordnung des Hauses, müsse unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Sie sei das Produkt einer jahrzehntelangen parlamentarischen Erfahrung.

Unser Redner, Genosse Meier, nahm scharf gegen den Antrag und die Ausführungen der Rechtssozialisten Stellung. Das Argument der „jahrzehntelangen" parlamentarischen Erfahrung bezeichnete er deshalb als reichlich mißglückt, weil das neue preußische Parlament noch so jung an Jahren sei, daß diese Redewendung nur Sinn in Bezug auf Vorkommnisse im alten Dreiklassenhaus und auf das Verhalten der damaligen Opposition haben könne. Als lebendiges Beispiel dafür sei ja der anwesende Präsident Leinert anzusehen, **den man seinerzeit mit seinem Freunde Borchardt durch Polizeibütteln aus dem Sitzungssaal tragen ließ.** Man könne über die Methoden der Obstruktion gewiß streiten, aber sie gehören nun einmal zum eisernen Bestand eines jeden Parlaments. Durch Schaffung von Dressurparagraphen, wie sie die Entschließung Beyer wolle, werde man eine Opposition nicht mundtot machen können. Kein unabhängiger oder kommunistischer Abgeordneter werde sich durch angedrohte Geldstrafen abhalten lassen, das zu sagen und zu tun, was er im Interesse seiner Wähler für richtig erachte. Man wolle lediglich ein Ausnahmegesetz gegen die Opposition überhaupt schaffen, ein Ausnahmegesetz, das seine Wirkung aber verfehlen werde. Vom Erhabenen zum Lächerlichen sei auch nur ein kleiner Schritt. In dieser Beziehung marschiere Preußen wieder in der Welt voran!

Wir haben unsere Auffassung zu dem Verhalten der Kommunisten im Preußenparlament bereits dargelegt und betonen noch einmal, daß die Dressurparagraphen das dümmste sind, was zur „Wahrung der Ordnung des Hauses" getan werden kann.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Groß-Hamburg

Der vom Reichspräsidenten Ende März über Groß-Hamburg verhängte und dann auf das gesamte Hamburger Staatsgebiet mit Ausnahme von Ritzebüttel, sowie der preußischen Kreise Lauenburg und Stormarn ausgedehnte Ausnahmezustand ist mit Wirkung vom 7. Juni ab aufgehoben worden.

Wir erheben bei dieser Gelegenheit aufs neue die Forderung auf vollständige Aufhebung des Belagerungszustandes, der in keiner Weise durch die politische Lage gerechtfertigt ist. Der Ausnahmezustand muß aufgehoben werden in Mitteldeutschland, Ostpreußen und Bayern.

Die bisherige Reparationszahlung

1 Milliarde 40 Millionen Goldmark

DA. Paris, 10. Juni.

Die Reparationskommission gibt amtlich bekannt: In Ausführung des Artikels V des Zahlungsplans hat Deutschland bis heute rund 840 Millionen Goldmark in Gestalt von Schatzbons mit Fälligkeit am 31. August 1921 und rund 200 Millionen Goldmark in fremden Devisen gezahlt. Der überschießende Betrag von etwa 40 Millionen Goldmark wird zur Amortisierung eines Teils der vorerwähnten Schatzbons Verwendung finden.

Zweifel in der Reparationskommission

Paris, 10. Juni.

Der „Temps" stellt fest, daß die Reparationskommission sich über gewisse Fragen, die den Artikel 235 des Friedensvertrages betreffen, nicht hat einigen können. Es handelt sich, außer um die Festsetzung des Preises der von Deutschland auf dem Wasserwege gelieferten Kohlen, um die Festsetzung des Betrages der belgischen Kriegsschuld, und ferner um die Verteilung der deutschen Zahlungen unter die Kleinstaaten. Die Reparationskommission hat nunmehr die alliierten Regierungen ersucht, sich zunächst untereinander zu einigen. Infolgedessen seien zwischen Frankreich, England, Italien und Belgien Verhandlungen eingeleitet worden.

Diplomatische Aktion wegen des Zwischenfalls in Oberschlesien

TU. Paris, 10. Juni.

Das „Petit Journal" meldet, daß die französische Regierung dem deutschen Botschafter Dr. Mayer mitgeteilt hat, sie würde den Zwischenfall in Oberschlesien als sehr ernst betrachten und die Berliner Regierung dafür verantwortlich machen. Die französische Patrouille, die angegriffen worden ist, gehörte zu den Truppen, die die neutrale Zone zwischen den Deutschen und Polen besetzt halten. Der deutsche Angriff ist daher eine ernste Beleidigung für die Interalliierte Kommission und für die französischen Truppen. Der Zwischenfall kann mit der Entschuldigung der deutschen Regierung nicht als erledigt betrachtet werden. Die französische Regierung pflegt gegenwärtig Beratungen mit den Kabinetten von London und Rom über einen gemeinsamen Schritt, der in Berlin erfolgen soll. Die Alliierten werden von der deutschen Regierung volle und präzise Genugtuung verlangen.

Der Streik der englischen Bergarbeiter

Abstimmung über die Bedingungen der Grubenbesitzer

London, 10. Juni.

Die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter beschloß die Vornahme einer Abstimmung über die Annahme der Bedingungen der Grubenbesitzer. Die Abstimmung soll am 15. Juni stattfinden. Das Ergebnis soll am 17. Juni festgestellt werden.

Die neuen Vorschläge der Grubenbesitzer besagen in der Lohnfrage, daß der Minimallohn 20 Prozent höher sein soll, als die Vorkriegslöhne. Es ist noch nicht bekannt, ob zu diesen Minimallöhnen noch Distriktszuschläge gezahlt werden sollen. Es ist jedoch wahrscheinlich, denn eine Lohnerhöhung von 20 Prozent über den Lohn von 1914 würde den Teuerungsverhältnissen in England, nach den vorliegenden Berechnungen, nicht entsprechen.

Das große Umlernen

Lenin mahnt zur Mäßigung

O. E. Helsingfors, 10. Juni.

Die Petersburger „Krasnaja Gaseta" meldet, daß Lenin in einem Briefe an die kaukasischen Sowjetrepubliken den letzteren den Rat erteilt, die Politik Sowjetrußlands **nicht kritiklos nachzuahmen.** Lenin fordert sie auf, **dem Kleinbürgertum, der Bourgeoisie, den Intellektuellen und dem Bauerntum gegenüber größere Milde und Vorsicht** walten zu lassen. Der Kaukasus sei in noch höherem Maße als das eigentliche Rußland ein bäuerliches Land. **Der Uebergang zum Sozialismus müsse vorsichtig und systematisch vollzogen werden.** Ohne Bedauern müsse man **den Kapitalisten des Westens Millionenprofits überlassen,** um den Warenaustausch wiederherzustellen.

Bergarbeiterausstand im belgischen Kohlenrevier. 15 000 Bergleute des Kohlenreviers von Borinage sind in den Ausstand getreten. Seit einiger Zeit hatten sie lebhafte Proteste gegen die Lohnherabsetzung von fünf Prozent erhoben, die vom 15. Juni ab in Kraft treten soll.

Jugendbewegung

Der Jugendschutz

Auf der Reichskonferenz der S. P. J. wurde neben der hauptsächlichen Frage des engeren Anschlusses an die U. S. P. ein ebenfalls bedeutungsvoller Punkt besprochen. Man hörte ein Referat des Genossen Sander-Dresden, in welchem er uns zeigte, wie die Jugend, trotz der Revolution, trotz der freien Gewerkschaften immer noch der am meisten ausgebeutete und unterdrückte Teil der Arbeiterschaft ist. Seine Beispiele zeigten uns, wie in vielen, man kann sagen den meisten Betrieben, eine erschreckend große Zahl von Lehrlingen, im Verhältnis zu den dort beschäftigten Gesellen, in mehreren Fällen sogar mehr Lehrlinge als Gesellen, beschäftigt werden. Daß es sich hier um glatte Ausbeutung handelt, kann wohl niemand bestreiten. Die Jugendlichen müssen entweder schon Gesellenarbeit oder andere Arbeiten verrichten, wobei ihre eigentliche Berufsbildung natürlich Schaden leidet. Wir müssen auf diesem Gebiete neben den Forderungen der sechsstündigen Arbeitszeit, längerem Urlaub usw. auch fordern, daß überhaupt mit den Lehrlingen in den Betrieben anders umgegangen wird. Dazu können unsere erwachsenen Genossen sehr viel beitragen; denn nicht immer ist das Verhältnis zwischen Jugendlichen und Erwachsenen so, wie es sein sollte.

Aber zum Jugendschutz gehört nicht nur der körperliche Schutz, sondern auch der geistige. Wenn man sich heute die Bücher ansieht, die viele, leider auch organisierte Jugendliche lesen, so muß es einem wie Ekel überkommen. Es muß etwas vom Staat getan werden, um diese Schundliteratur gänzlich aus der Welt zu schaffen, aber es muß sofort andere gute Literatur äußerst billig oder sogar unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Dies könnte durch Einrichtung von Bibliotheken in den Fach- und Fortbildungsschulen, durch Vorträge verschiedener Art geschehen. Das gleiche gilt für die Kinos und Rummelplätze. Diese müßten den Jugendlichen auf jeden Fall verschlossen werden. In den Kinos könnten wissenschaftliche Filme vorgeführt werden, wie wir das schon in einigen Gemeinden haben. Ebenfalls ist durch Freifahrt oder teilweiser Freifahrt der Jugend das Wandern erholungsreicher und nützlicher zu machen. Wenn erst ein Jugendlicher die Schönheiten der Natur gesehen hat, so wird er niemals wieder einen Rummelplatz oder ein Kino besuchen. Aber gerade durch die hohen Fahrpreise ist der Jugend in den meisten Fällen der Weg ins Freie versperrt.

Unsere heiligste Pflicht, Genossen und Genossinnen, muß aber sein, unseren Arbeitsbrüdern und -schwestern, unseren Bekannten, jungen Freunden und Schulkollegen die Augen zu öffnen, damit sie erkennen, wofür sie ihr so schwer verdientes Geld ausgeben, und was sie dafür erhalten könnten. Wir müssen versuchen, sie zum Besuch unserer Veranstaltungen zu bewegen, in denen wir ihnen zeigen, mit welch gutem Stoff wir uns bilden und vervollkommnen. Wir müssen sie für unsere große Aufgabe gewinnen, dann werden sie alle sehen, daß nur geistig und körperliche gesunde Menschen unser großes Ziel erreichen und dieses dann zum Wohle der ganzen Menschheit verwalten können. Dies, Jugendgenossen und -genossinnen, soll unsere Aufgabe sein, die wir uns als Wahlspruch für unsere künftige Arbeit wählen wollen. In diesem Sinne wirkt in den Schulen, in Fabriken, auf der Straße und im Freundeskreis, und ihr werdet dadurch der gesamten Menschheit große Hilfe leisten. Neben den Forderungen an den Staat, müssen wir ihm auch die Berechtigung beweisen, und das können wir nur, indem wir in diesem Sinne wirken und schaffen. **Fritz Zachow.**

Bezirkskonferenz der Soz. Proletarierjugend Berlin-Brandenburg

Am Sonntag, den 12. Juni, findet in der Arbeiterbildungsschule, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, früh 9 Uhr, die **Bezirkskonferenz der Sozialistischen Proletarierjugend von Berlin und Brandenburg** statt.

Nachdem unsere Reichskonferenz vorbei ist, muß der Aufbau der Organisation planmäßig vorgenommen werden. Zur Konferenz laden wir neben den Vertretern der Ortsgruppen auch die Genossen aus der Mark ein, die gewillt sind, Jugendarbeit zu leisten. Vertreter der Kreise oder der Ortsvereine der U. S. P. D. haben Gastrecht auf der Konferenz. Wir erbitten jedoch nach Möglichkeit vorherige Benachrichtigung an Zentrale Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Arbeitersport

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde".

Fahrten am 11. bis 12. Juni.

Botanisch-zoolog.-geologische Wanderung nach Werder, Plessower See, Glindower Alpen, Baumgartenbrück, Wildpark. Abf. Sonntag vorm. 6.00 Schles. Bhf. — **Südost:** Oranienburg, Grabowsee. Abf. Sonnabend abends 6.30 Stett. Vorortbhf. — **Schönh. Vorst.:** Bernau, Hellmühlenfließ, Bernau. Abf. Sonnabend nachm. 5.46 Bhf. Gesundbr. (Barotti). — **Gesundbr.:** Liepnitzsee, Sternebeck, Bauhsee, Freienwalde. Abf. Sonnabend abends 6.11 Wriezener Bahnh. — **Wedding:** Königswusterhausen, Ziestsee. Abf. Sonnabend 7.37 Görl. Bhf. Quartier in Gussow. — **Moabit:** Wünsdorf, Mögelinsee. Abf. Sonnabend abends 6.40 Anh. Bhf. — **Südw.:** Wünsdorf, Zeschsee. Abf. Sonnabend abends 5.28 Potsd. Ringbhf. (Nachzügler Sonntag vorm. 5.08). — **Neukölln:** Krummensee. Abf. Sonnabend 6.21 Bhf. Neuk. — **Lichtenberg:** Familienfahrt nach Krumme Lake. 6.00 morgens Bhf. Stralau-Rummelsburg. — **Baumschulenweg:** Nonnenfließ. 5.00 abends Bhf. Baumschulenweg. — **Treptow:** Eltern- und Kinderfahrt nach Königswusterhausen, Krüpelsee. Tr. 6.00 morgens Wiener Brücke. — **Schöneberg:** Lienewitzsee. Abf. 6.00 morgens Bhf. Schöneberg. — **Steglitz:** Durch die Dubrow. Abf. 6.00 abends Bhf. Steglitz.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftl.: Robert Hensel, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kometriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

Alle Parteien!
sind sich darüber einig, daß unsere Schuhwaren stets gut und billig sind

Beweis:
Damen braun echt Chevr. Schnür- u. Spangenschuhe alles Leder 125⁰⁰
Damen schwarz Schnür- u. Spangenschuhe schicke Formen alles Leder von 88⁰⁰ an
Herren braun Rindbox-Stiefel helle und dunkle Farben moderne Formen. . von 185⁰⁰ an

Schuh-Engros-Lager Kaatz
Kein Laden **Münzstr. 10, I. Etage** Kein Laden

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
Zum 1. Male:
7 Uhr: **Die lange Jule**

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7 Uhr:
Die St. Jakobsfahrt

Staatstheater.
Opernhaus
7 Uhr: **Mignon**
Schauspielhaus
7 Uhr: **Torquato Tasso**

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7½ Potasch u. Perlmutter
Kammerspiele
8 Uhr: **Frühlings Erwachen**
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 Uhr: **Danton**
(Außer Abonnement)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
Täglich 7.30 Uhr:
Mit dem Feuer spielen
8 Uhr: **Satans Maske**
(Orska, Riemann, Bildt)

Berliner Theater:
Das Milliarden Souper
7.30 Uhr: Hilde Wörner, Uschi Elleot, Ralph Arthur Roberts, Herb. Kiper, Paul Rehkopf

Komödienhaus:
Allabendlich 7.30 Uhr:
Der blonde Engel
von Robert Winterberg
Paul Heidemann a. G., Josefine Dora u. Staatsth. a. G., Inge van der Straaten, Ilse Marsen, Georg Baselt, Kurt Busch, Julius Rogg.

Thalia-Theater
7½ Uhr: **Mascottchen**

Residenz-Theater
7½ Uhr: Max Adalbert in **Wenn das Spiel gemacht ist — — — ab dafür**

Trianon-Theater
7½ Uhr: Alfred Abel in
Am Teetisch

Kleines Theater
7½ Uhr: Olga Limburg in
Nur ein Traum

Rose-Theater
7½ Uhr:
Wo die Schwalben nisten

Walhalla-Theater
7½ Uhr:
Die Scheidungsreise

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
Sommerspielzeit:
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Konstantin, Götz)

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Rosenmontag
(Haack, Loos, Schroth)

Theater am Nollendorfplatz
7½ Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Komische Oper
7½ **Die Oper** 7½
Alt-Heidelberg

8 U. **Folies Caprice** 8 U.
am Oranienburger Tor
Der ledige Ehemann
mit Ferd. Grünecker

7½ **Apollotheater** 7½
Friedrichstraße 218
Täglich:
Tip-Tip Hurra!
oder
Der Sport-Schlemihl
mit Wilhelm Hartstein

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich 4½ Uhr:
Die Schönste von Allen
Operette von Jean Gilbert
• Varieté-Sensationen •

Theat. a. Kottb. Tor
Tel. Moritzplatz 10077
Täglich 7½ Uhr:
Elite-Sänger
— 10 Herren! —
Vorv. 11—1½ u. 4

Schönhauser Allee 54?
7½ Uhr:
Intern. Damen-Boxkämpfe
und der unübertreffliche
Juni-Spielplan

Foto-Apparate

u. Bedarfsart. Liste 101 f. Foto-Industrie Berlin 18, Friedrichstr. 14

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Heute sowie täglich
Große Varieté-Vorstellung
16 erstklassige Attraktionen
Anfang 6 Uhr :-: Einlaß 4½ Uhr
Jeden Donnerstag u. Sonntag: **Großer Elite-Ball**

Großer Preis-Nachlaß!

Damenbinden, Dtz. 3, 5, 6 M., waschbare Stck. 3.50 M., Gürtel dazu 2, 3 M., Verbandwatte, 100 g 2 M., Hautcreme Tube 50 Pf. 1.50. Zahnpasta Tube 1 M., Fieberthermometer 4, 5, 6 M., Vaseline 20, 50 Pf., wasserdichte Unterlagen für Kinder 8 M., für Große 12 M., Butterbrotpapier 100 St. 3.20 M., Klosettpapier Rolle 1.50, Krepp 2.50, alle hygienischen Artikel, Hausmittel. Ill. Liste gr. u. fr. A. Maas & Co., Berlin, Markgrafenstr. 64 an d. Lindenstr. Gegr. 1890.

Gold-, Silber-, Platin-
Sachen, Gebisse, Zähne, Münzen, Quecksilber kaufen zum reellen Preise
Wir schlagen jeden Rekord!
Ratzlaff & Zimmer
Linienstraße 93

Auch diese

gehen zu „ihrem" Drogisten, um die beliebten **Rajanol-Erzeugnisse**
Hautcreme
Teintwasser
Zahnpasta
zu kaufen
Rajanol-Parfümerie G. m. b. H.
Berlin-Oberschöneweide
Fernsprecher: Oberschw. 555.

Zeißfeldstecher
6- und 8fach, kauft ständig.
M. Stockelmann,
Berlin W 9, Potsdamer Str. 135
(Lützow 9289).

Altmetalle
Kupfer, Messing
Blei, Zink usw.
Badstr. 34, im Hof

Erwerbstätige Frauen! Verlangt den Aufruf von Luise Zietz, „Willst du arm und unfrei bleiben?" (30 Pfg.), gegen Einsendung von 40 Pfg. von der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Cairo
Bilder und Studien
mit zehn farbigen Kunstdrucken
(Format 33×45 cm)
u. vielen farbigen Textbildern
auf feinstem Kunstdruckpapier in blauem Moiré-Einband mit Goldprägung
Ein Prachtwerk
80 Mark
Buchhandlg. „Freiheit"
Berlin C 2
Breite Straße 8—9

Prismengläser
und Pistolen kauft
Kirstein, Linienstr. 50.

Bandwurm
Ihr „Parasan" hat wunderbar geholfen, drei Oberstabsärzte nacheinand. haben wochenlang ihre Kunst umsonst vers., jahrelang habe ich alle ärztl. Mittel ohne Erfolg angewandt. Ihr Parasan brachte mir völlige Heilung. Lehrer H. B., Gr. So wurden schon Tausende befreit. 15,00. Otto Reichel, Berlin 46 SO. Eisenbahnstr. 4.

Händler!
Neu eingetroffen:
Feldgraue Drellanzüge, Dreiljacken, Khakianzüge, feldgraue Hosen usw.
Gattel & Wasserzug
Berlin, Kurstrasse 32 III

Wanderkarten
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandl. „Freiheit", Breite Str. 8-9

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a
Jackett-Anzüge Cutaways, Ulster teils auf Seide, früher bis 1200 Mk. **Jetzt** für **400—500 Mk.** Ferner **Damen-Kostüme, -Mäntel, enorm billig!** Nach beendeter Saison 50% **herabgesetzt.** Kreuzfüchse, Zobel-, Blau-, Weiß-, Silberfüchse. Keine Lombardwaren.

Amtl. Bekanntmachungen
des Stadtausschusses IV Berlin

Der Dachdeckermeister Paul Bachmann beabsichtigt die Errichtung einer Anlage zum Imprägnieren von Dachpappe auf dem Grundstücke Berlin, Müllerstr. 81.

Etwaige Einwendungen gegen diese Anlage sind bei dem unterzeichneten Stadtausschuß binnen 14 Tagen, vom Tage nach der Veröffentlichung ab gerechnet, schriftlich in doppelter Ausfertigung oder zu Protokoll anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden. Beschreibung und Zeichnungen der geplanten Anlage liegen in unserem Bureau, Kaiser-Wilhelm-Straße 50, 1 Treppe, Zimmer Nr. 8, an den Geschäftstagen in der Zeit von 9 bis 2 Uhr während der oben bezeichneten Frist zur Einsicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird vor unserem Kommissar, Herrn Oberstadtsekretär Weber, auf Dienstag, den 28. Juni 1921, vormittags 11½ Uhr, in unserem Sitzungssaale Kaiser-Wilhelm-Straße 50, 1 Treppe, Zimmer Nr. 1, ein Termin anberaumt, zu dem der Unternehmer sowie die Widersprechenden unter der Eröffnung geladen werden, daß auch bei ihrem Ausbleiben mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen wird.

Berlin, den 3. Juni 1921.

Der Stadtausschuß für Berlin.

Die Firma „Phönix" Rudolf Henschel G. m. b. H. beabsichtigt die Errichtung einer Seifen- und Seifenpulverfabrik auf dem Grundstück Mühlenstr. 62-63 in Berlin-Pankow.

Etwaige Einwendungen gegen diese Anlage sind bei dem unterzeichneten Stadtausschuß binnen 14 Tagen, vom Tage nach der Veröffentlichung ab gerechnet, schriftlich in doppelter Ausfertigung oder zu Protokoll anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden. Beschreibung und Zeichnungen der geplanten Anlage liegen in unserem Bureau, Berlin C 2, Kaiser-Wilhelm-Str. 50 I, Zimmer Nr. 8, an den Geschäftstagen in der Zeit von 9 bis 2 Uhr während der oben bezeichneten Frist zur Einsicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird vor unserem Kommissar, Herrn Oberstadtsekretär Weber, auf Dienstag, den 28. Juni 1921, vormittags 10 Uhr in unserem Sitzungssaale Kaiser-Wilhelm-Str. 50, 1 Treppe, Zimmer Nr. 1 ein Termin anberaumt, zu dem die Unternehmerin sowie die Widersprechenden unter der Eröffnung geladen werden, daß auch bei ihrem Ausbleiben mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen wird.

Berlin, den 3. Juni 1921.

Der Stadtausschuß für Berlin.

Herr Emil Witt hat die nachträgliche Genehmigung zur Errichtung der auf dem Grundstücke Berliner Str. 63-64 in Berlin-Pankow bereits in Betrieb befindlichen Dachpappen-Imprägnieranstalt beantragt.

Etwaige Einwendungen gegen diese Anlage sind bei dem unterzeichneten Stadtausschuß binnen 14 Tagen, vom Tage nach der Veröffentlichung ab gerechnet, schriftlich in doppelter Ausfertigung oder zu Protokoll anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden. Beschreibung und Zeichnung der geplanten Anlage liegen in unserem Büreau, Berlin C 2, Kaiser-Wilhelm-Str. 50 I, Zimmer Nr. 8, an den Geschäftstagen in der Zeit von 9 bis 2 Uhr während der oben bezeichneten Frist zur Einsicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird vor unserem Kommissar, Herrn Oberstadtsekretär Weber, auf Dienstag, den 28. Juni 1921, vormittags 11 Uhr, in unserem Sitzungssaale Kaiser-Wilhelm-Str. 50, 1 Treppe, Zimmer Nr. 1, ein Termin anberaumt, zu dem der Unternehmer sowie die Widersprechenden unter der Eröffnung geladen werden, daß auch bei ihrem Ausbleiben mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen wird.

Berlin, den 3. Juni 1921.

Der Stadtausschuß für Berlin.

Alexander Stein
Agrarfrage und Sozialismus
Aus dem Inhalt:
Die politische Situation / Der wirtschaftliche Gegensatz zwischen Stadt und Land / Die Klassenscheidung auf dem Lande / Die Agrarfrage und die Parteien / Die Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie
Preis 2.50 Mark
Organisationen Preisermäßigung
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2,
Breite Straße 8-9

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85

Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 165, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Bauschlosser! Achtung!

Montag, den 13. Juni 1921, abends 5 Uhr

Branchen-Versammlung

der Bauschlosser und der Kollegen aus den Betrieben für gelochte Bleche

in der Schulaula, Weinmeisterstraße 16/17.

Tagesordnung:

1. Bericht über den Rahmenvertrag.
2. Stellungnahme zur Tarifkündigung.
3. Branchenangelegenheiten.

Die Branchenleitung erwartet, daß in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung von allen Betrieben sämtliche Kollegen pünktlich erscheinen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Mariendorf u. Umgegend

Gemäß § 8 der Wahlordnung für die Ausschußwahlen geben wir hierdurch den wahlberechtigten **Kassenmitgliedern** bekannt, daß die fristgerecht eingereichten Wahlvorschläge als gültig anerkannt sind. Nach der Reihenfolge des Eingangs haben erhalten:

1. Wahlvorschlag des **Gewerkschaftsringes**, eingereicht durch Hugo Basel, enthaltend 30 Vertreter, beginnend mit: Johannes Hein, Geschäftsführer, Berlin-Mariendorf, Lankwitzer Straße 7
   die **Nr. I.**
2. Wahlvorschlag der freien Gewerkschaften, eingereicht durch Paul Jürgen, enthaltend 30 Vertreter und 60 Ersatzmänner, beginnend mit:
   Siegfried Riedel, Neukölln, Heidelberger Straße 31
   die **Nr. II.**

Die Wahl findet am **21. Juni cr.** von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags im Speisesaal der Firma Daimler Motoren Gesellschaft, Berlin-Marienfelde, und im Restaurant „Alter Gasthof", Berlin-Mariendorf, Dorfstraße 1, statt.

Wir fordern die wahlberechtigten Kassenmitglieder nochmals auf, sich rechtzeitig den erforderlichen Wahlausweis bei ihrem jeweiligen Arbeitgeber oder im Kassenlokal in den Geschäftsstunden von 8 bis 1 Uhr ausstellen zu lassen.

Ohne Ausweis darf nicht gewählt werden.

Die Stimmzettel müssen von weißer Farbe und 10×8 cm groß sein.

Für die wahlberechtigten **Arbeitgeber** ist nur ein gültiger Wahlvorschlag eingegangen, enthaltend 15 Vertreter und 30 Ersatzmänner, eingereicht durch W. Stolle, Abteilungsleiter, beginnend mit R. Stock & Co., Akt.-Ges., Marienfelde, Vertreter Direktor Roeske.

Sämtliche Vertreter und Ersatzmänner gelten gem. § 9 der Wahlordnung als gewählt und fällt die für den 20. Juni d. J. anberaumte Wahl der Arbeitgebervertreter aus.

Sämtliche Wahlvorschläge können von den Wahlberechtigten werktags von 8—1 Uhr im Kassenlokal eingesehen werden.

Berlin-Mariendorf, den 10. Juni 1921.

Aug. Leip, Vorsitzender.

Stenotypistin
erste Kraft, gegen sehr gutes Gehalt **sofort gesucht.** Eilofferte unter **„G 81"** an die Expedition dieses Blattes, Breite Straße 8/9.

Wanderfreunde finden die schönsten Fahrten und Wanderungen in dem Buch von Paul John „Ueber See und Heide". Geschmackvoll gebund. 8.— Mark. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Anlegerinnen
geübte, für Buch- und Steindruck-Schnellpressen können sich melden Alte Jakobstr. 5, Hof II.

Lauben-Kolonisten
Handleiterwagen 150 M.
System Fahrenwaldt
Einzelverk.: **Becker,** Potsdamer Straße 31 a. Kurf. 1674

Botenfrauen
sucht Spedition Greifswalder Straße 29 für Wein-, Büsching- und Friedenstraße.

Groß-Berlin

Wandern und Militarismus

Vom Gauvorstand des Touristen-Vereins „Die Naturfreunde“ wird uns geschrieben:

Die „Freiheit“ brachte am 15. Mai eine scharfe, durchaus berechtigte Kennzeichnung der Zusammenhänge zwischen Wandern und Militarismus, die in der bürgerlichen Wanderbewegung vorhanden sind und in einem besonderen Fall, in dem vom Turnwart Doering — im Auftrage des Hauptausschusses für Leibesübungen — herausgegebenen „Groß-Berliner Wanderbuch“ klar zum Ausdruck kamen. Diese kritische Betrachtung hat den Schriftleiter des bürgerlichen „Märkischen Wanderers“, der gleichzeitig Jugendpfleger der Stadt Berlin ist, veranlaßt, im Juniheft des „Märkischen Wanderers“ eine lange Polemik gegen die „Freiheit“ loszulassen. Er schreibt unter anderem:

„Zweck des Aufrufes (der „Freiheit“. D. R.) ist nicht etwa, den Militarismus, Alfred Doering, sein Groß-Berliner Wanderbuch, oder den Hauptausschuß für Leibesübungen anzugreifen, wie die Red. der „Freiheit“ es aufgefaßt hat, sondern mich an den maßgebenden Stellen zu „kompromittieren“. Da man etwas wirklich „Kompromittierliches“ nicht fand, mußte man meine schon vor 1½ Jahren erfolgte Besprechung des Doeringschen Buches wieder ausgraben und unter den erforderlichen Verdrehungen gegen mich ausschlachten. Die Urheber sind nicht etwa Anhänger der „Freiheit“ — eher ist das genaue politische Gegenteil zu behaupten —, sondern Leute, denen zur Befriedigung ihres Rachebedürfnisses, ihres persönlichen Hasses, kein Mittel zu unanständig ist.“

Zur Frage: Wandern und Militarismus, möchten wir Herrn Lange, Stadtsekretär und Schriftleiter des „Märkischen Wanderers“, der „aus Ueberzeugung das Wandern um seiner selbst willen zu fördern und auszubreiten bestrebt ist“ (!) und in dessen Kreisen „über das Bemühen, seine Auffassung vom Wandern irgendwie mit „Militarismus“ zusammenzubringen“, nur höhnisch gelacht wird, folgendes unter die Nase halten: Der „Zwiespruch“, Zeitung für die (bürgerlichen) Wanderbünde, bringt in seinem Heft 23 vom 3. Juni 1921 folgenden Aufruf:

Soldatenvermittlung Oberschlesien! Wer hat die Soldatenvermittlung bei den Freiwilligenformationen in Oberschlesien übernommen? Ich glaube, die Sache ist notwendig, denn vor Anfang Juli wird an eine Auflösung der Verbände nicht zu denken sein. Wenn noch niemand sich darum kümmert, will ich die Sache machen. Wer Anschriften weiß und von den Soldaten dies liest, teile mir schleunigst alles mit. Ich will die Anschriften im „Zwiespruch“ bekanntgeben. (?? Gesetzlich wohl nicht möglich! Schriftl. des „Zwiespruch“.) Anregungen, wie man's besser machen kann, werden dankend entgegengenommen. Gleichzeitig sammle ich noch immer Wandervogel-Landwirte aus Schlesien. Es sitzen noch viele im Lande herum, ohne sich zu rühren. Helft alle mit zu rüstiger Arbeit!

Gerh. Mayer, Freiw.-Komp. „Strehlen“, Batl. Marienburg, zurzeit verw. Breslau, Brüderkloster, Zimmer 11.

Es handelt sich bei jenen Mitgliedern der Orgesch-Banden ebenfalls um solche, die „aus Ueberzeugung das Wandern um seiner selbst willen“ pflegen und fördern, Herr Lange. Es ist auch ferner sehr wahrscheinlich, daß diese Orgesch-Wanderer jenen bürgerlichen Verbänden angehören, die in der Provinz Brandenburg zu der famosen „Arbeitsgemeinschaft für Wandern und Heimatpflege“ — Geschäftsführer: Herr Lange — zusammengeschlossen sind. Aber Herr Lange, Stadtsekretär und Schriftleiter des „Märk. Wanderers“, schreibt seelenruhig: „Die vielen gar, die mit mir seit vielen Jahren zusammenarbeiten und meine engeren Wanderfreunde können über das Bemühen, meine Auffassung vom Wandern irgendwie mit „Militarismus“ zusammenzubringen, nur lachen.

Das ist alles nur ein markanter Beitrag zur Frage: Wandern und Militarismus. Die Arbeiter-Wanderer im T. V. „Die Naturfreunde“ und im Wanderbund „Naturfreunde“ werden nicht aufhören, in der Arbeiterpresse ihre Klassengenossen über die enge Verbindung zwischen bürgerlicher Wanderbewegung und Militarismus aufzuklären.

Milde Strafe für „gebildete“ Rohlinge

Ein sehr häßliches Abenteuer, welches der Kaufmann Joachim Sachs nächtlicherweile mit einer Anzahl Studenten auf dem Kurfürstendamm erlebt hat, lag der Anklage wegen öffentlicher Beleidigung und schwerer Körperverletzung gegen den Studenten der Maschinenbaukunde Friedrich Zillmann und dem Regierungsbauführer Gerhard Streit zugrunde. In zweiter Instanz hatte sich gestern die Strafkammer des Landgerichts III mit dieser wenig erbaulichen Sache zu beschäftigen. Der Nebenkläger Sachs ging in der Nacht zum 28. November gegen 3½ Uhr den Kurfürstendamm entlang in der Richtung Halensee. Kurz vor ihm waren an einer Stelle der Straße etwa 10 Personen aus einem Nachtomnibus gestiegen, die den ganzen Bürgersteig sperrten. Es wurde die Parole ausgegeben: „Wir halten jetzt jeden an und der erste Jude wird vermöbelt!“ Bald wurde Sachs umringt und durch Schimpfworte belästigt. Dann soll Zillmann den Nebenkläger „Judenaas“ geschimpft, ihm einen Fußtritt in die Hüfte und Streit ihm einen Faustschlag ins Gesicht versetzt haben, so daß er starken Blutverlust hatte. Streit soll dabei noch gesagt haben: solche feige Bande muß man verdreschen! Der Nebenkläger schrie nun um Hilfe und lockte dadurch zwei Sicherheitsbeamte herbei, die an Ort und Stelle aber nur noch den Zillmann festnehmen konnten, denn die übrigen hatten sich entfernt. Seiner Festnahme setzte Z. passiven Widerstand entgegen. Als dann der Nebenkläger in Begleitung des einen Sicherheitsmannes seiner Wohnung zusteuerte, lief ihm zufällig der zweite Angeklagte in den Weg, der nun auch festgenommen wurde. Als die Angeklagten durch die Vorladung vor das Gericht sahen, daß die Sache eine ernste Wendung nahm, schickten sie dem Nebenkläger eine Entschuldigung zu, die dessen Vertreter, Justizrat Dr. Werthauer, aber nur unter der Bedingung annehmen wollte, daß die Angeklagten die Erklärung abgäben, daß ihr Vorgehen nicht antisemitischen Tendenzen entsprungen sei. Da das nicht geschah, kam es zur Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht. Das Schöffengericht verurteilte beide Angeklagte zu je 200 Mark Geldstrafe, Zillmann außerdem wegen Widerstandes zu 50 Mark Geldstrafe. — Wegen des Strafmaßes hatte Dr. Werthauer Berufung eingelegt. Er hielt die Strafe für viel zu gering, weil es sich hier doch um eine große Roheit handele, da zehn Menschen der sogenannten gebildeten Klasse über einen einzelnen, der sich durchaus korrekt benommen, hergefallen seien. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Arens, gab zu, daß sich bedauerlicherweise die Angeklagten als Studenten sehr unwürdig und unmanierlich benommen hätten, bat aber, aus einer offenbar betrunkenen Mücke nicht einen antisemitischen Elefanten zu machen. — Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu je 1000 Mark Geldstrafe, da es sich doch um einen sehr üblen Exzeß handele.

Der Kampf um die Ehre

Die gestern begonnene neue Verhandlung gegen den früheren Rektor Robert Bock wegen Beleidigung des früheren Kriminalkommissars Toussaint nimmt einen sehr langsamen Fortgang, da der ganze Fall Bock mit all seinen Nebenerscheinungen aufs neue aufgerollt und gründlichst erörtert wird. Nach Vorlesung der unter Anklage gestellten Broschüre, des früher ergangenen Urteils gegen Bock und einiger anderer Schriftstücke hielt der Vorsitzende dem Angeklagten vor, ob er sich auch darüber klar sei, daß er dem Nebenkläger den überaus schweren Vorwurf mache, sein Amt dazu mißbraucht zu haben, Zeugen wissentlich zu einem falschen Eid zu verleiten? — Der Angeklagte erklärte, daß er sich dessen wohl bewußt sei; es sei ja furchtbar, was er behauptet habe, entspreche aber durchaus der Wahrheit. Bei drei Zeuginnen sei Kriminalkommissar Toussaint zum Ziele gekommen, bei einer Reihe anderer Zeuginnen seien diese Lockungen zu falschen Aussagen versucht worden, die Zeuginnen hätten aber widerstanden. — Die Beweisaufnahme wird wieder hineinführen in das fast unentwirrbare Labyrinth von Beschuldigungen seitens früherer Schülerinnen des Angeklagten, deren intensive Vernehmungen vor der Polizei, dem Untersuchungsrichter und den verschiedenen Hauptverhandlungen, mit denen dann spätere Widerrufe des Beschuldigten, selbst unter dem Zugeständnisse, bei den früheren Belastungen Meineide geleistet zu haben, daran sich anschließende Ehrenerklärungen der ehemaligen Belastungszeugen für den Rektor Bock, briefliche Ermahnungen des letzteren an seine ihn belastenden ehemaligen Schülerinnen, die reine Wahrheit zu sagen usw. Eine dieser Zeuginnen behauptete, daß sie, als nach dem Vater ihres unehelich geborenen Kindes von ihr auf der Polizei Auskunft verlangt worden, sie in fünfmaligen aufreibenden polizeilichen Vernehmungen immer wieder auf den Rektor Bock hingewiesen worden sei; daß sie immer wieder dies verneint habe, daß dann aber schließlich bei der letzten Vernehmung der Polizeibeamte Contor immer von neuem den Rektor Bock in den Vordergrund geschoben habe, so daß sie mürbe geworden sei und die falsche Anschuldigung aufgestellt habe. Dazu sei sie auch durch den Umstand mit bewogen worden, daß sie einen Groll auf Bock hatte, weil dieser durch eine Anzeige gegen ihre Mutter diese ins Unglück gebracht habe. Als sie ihre falsche Anschuldigung protokollarisch unterschrieben gehabt, habe besagter Contor dem im Nebenzimmer sitzenden Kommissar Toussaint durch die offenstehende Tür zugerufen: „Endlich gestanden! Das hat Mühe gekostet.“ — Die Verhandlung wurde auf Montag vertagt. Wir werden das Ergebnis des Prozesses mitteilen.

Der Magistrat gegen unredliche Angestellte

Der Magistrat hat am gestrigen Tage sämtlichen Dienststellen folgende Verfügung zugehen lassen: Durch die städtische Ueberwachungsabteilung ist dem Magistrat innerhalb eines kurzen Zeitraums eine nicht unerhebliche Zahl von Diebstählen und anderen Veruntreuungen zur Kenntnis gebracht worden. Diese Diebstähle sind zum Teil von Außenstehenden verübt, aber auch durch Fahrlässigkeit städtischer Angestellter und Beamter begünstigt worden. Leider kommen für eine Reihe von Diebstählen Personen in Frage, die im städtischen Dienste stehen, und die, begünstigt durch eine mangelhafte Aufsicht, diese Veruntreuungen jahrelang fortgesetzt haben, und die sich, trotzdem diese Verfehlungen bekannt geworden sind, zum Teil heute noch im städtischen Dienste befinden. Wir sehen uns daher veranlaßt, mit den schärfsten Mitteln dagegen vorzugehen und machen es sämtlichen städtischen Dienststellen zur Pflicht, alle, des Diebstahls oder der Untreue überführten Arbeiter und Angestellten unverzüglich fristlos zu entlassen. Bei Beamten ist die Einleitung eines Disziplinarverfahrens mit dem Ziele auf Entfernung aus dem Amt und der Amtssuspension unverzüglich zu beantragen. Gleichzeitig ist dem Beamten gemäß § 54 des Gesetzes vom 21. Juli 52 betr. die Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten der Ausübung der Amtsverrichtungen vorläufig zu untersagen. Wer durch mangelhafte Beaufsichtigung Verluste verschuldet, wird zur Rechenschaft gezogen und ersatzpflichtig gemacht werden. Alle Verfehlungen vorstehender Art sind umgehend der Ueberwachungs-Abteilung mitzuteilen, die verpflichtet ist, sofort die notwendigen Schritte zu unternehmen. Die Ueberwachungs-Abteilung ist beauftragt, zur Sicherung des städtischen Eigentums die Leitungen der Betriebe, Werke, Anstalten, Güter und Forsten durch fortgesetzte Revisionen und Kontrollen zu unterstützen.

Die freigewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten haben immer darauf gesehen, daß ihre Mitglieder irgendwelchen Versuchungen, die durch die vorhandene Not manchmal begreiflich sind, nicht erliegen. Auf die Dauer kann aber eine Tätigkeit in dieser Beziehung nur dann Erfolg haben, wenn den Forderungen der Gewerkschaften nach ausreichender Bezahlung, Rechnung getragen wird. Geschieht das, dann werden viele kostspielige Kontrollmaßnahmen und Ueberwachungen nicht nötig sein, denn die Angestellten und Arbeiter werden dann besser als jede Institution jede Unregelmäßigkeit verhindern. Die Tätigkeit der Ueberwachungs-Abteilung muß sich insbesondere freihalten von kleinlichen, schikanösen Kontrollmaßnahmen. Im Kampfe gegen Diebstähle und Veruntreuungen wird sie dann die beste Unterstützung durch die Arbeiter und Angestellten finden.

Schützt die städtischen Anlagen!

Die städtische Parkverwaltung erläßt folgenden Hilferuf:

Die bereits in früheren Zeiten vielfach gebrandmarkte Unsitte der die Parkanlagen besuchenden Bevölkerung, die Stätten ihres Aufenthaltes durch Hinterlassung von Papier und Ueberresten mannigfachster Art zu kennzeichnen, hat in neuerer Zeit trotz aller Ermahnungen mehr und mehr überhand genommen. Die Volkswiesen im Treptower Park gleichen insbesondere nach den Sonn- und Feiertagen wüsten Ablagerungsstätten und gewähren einen geradezu trostlosen Anblick. Abgesehen davon, daß das Schönheitsempfinden des größten Teils der Bevölkerung hierdurch aufs Schwerste verletzt werden dürfte, werden auch der Parkverwaltung durch die Beseitigung der Papiermassen zwecks Wiederherstellung des früheren Zustandes ganz erhebliche Kosten verursacht. Jeder Sonntag erfordert zu diesem Zwecke einen Kostenaufwand von 400 Mark. Nach den Pfingstfeiertagen bedurfte es nicht weniger als 236 Arbeitsstunden, um die Wiesen von den Papiermassen und sonstigen Ueberresten zu säubern. Dies bedeutete allein nur eine Ausgabe von 1000 M. Um diesen auf die Dauer gänzlich unhaltbaren Zuständen abzuhelfen, richten wir an die einsichtigen Kreise der Bevölkerung nochmals die dringende Mahnung, das Fortwerfen von Papier und ähnlichem Unrat in den öffentlichen Anlagen, soweit irgendmöglich, zu vermeiden und auf diese Weise dem Gemeinwohl nicht nur im Schönheits- und Gesundheitsinteresse, sondern auch im materiellen Interesse der Ersparnis der von den Bürgern aufzubringenden öffentlichen Mittel zu dienen.

Der Aufruf der städtischen Behörden verdient die vollste Beachtung und Unterstützung aller Besucher der städtischen Park-

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen

Copyright by Der Malik-Verlag Berlin-Halensee 1921

(73. Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

Ein Mitglied des Gerichts, das mit mir über den Fall sprach, sagte mir, daß er sich gegen eine weitere Verfolgung ausgesprochen habe, weil der Brief, auf den hin die Verhaftung erfolgt war, seiner Ansicht nach eine bezahlte Sache sei, und daß er ziemlich sicher wisse, wer ihn geschrieben habe. Er sagte mir ferner, daß in Los Angelos sich ein geheimes Komitee von fünfzig der aktivsten reichsten Leute der Stadt gebildet habe, daß er aber nicht ausfindig machen könne, was da vor sich ginge; diese Leute kämen in sein Bureau und verlangten Einsicht in die Geheimberichte der Regierung. Auf seine Weigerung hin, Flours verfolgen zu lassen, hätten sie den Gouverneur von Californien zu einem telegraphischen Protest in Washington veranlaßt. Als ich als Zeuge in dieser Angelegenheit vor Gericht stand, wiederholte ich diese Behauptung, und derselbe Gerichtsbeamte leugnete alles vor Gericht und schrieb meine Behauptung meiner „literarischen Einbildungskraft“ zu.

In den früheren russischen und österreichischen Kaiserreichen war die Technik, Agitatoren einzufangen, gut entwickelt und der Gebrauch von Spitzeln und eingeschmuggelten Leuten, welche die Roten zu Verbrechen verführen sollten, recht weit verbreitet. Wir haben im englischen keinen gleichwertigen Ausdruck für die Bezeichnung „Agent provocateur“, aber in den letzten vier Jahren haben tausende von ihnen in Amerika gearbeitet. In der Verhandlung gegen Flours wurden drei Zeugen vorgeführt, die aktiv tätig gewesen waren unter den J. W. Ws. und die vom Staat für ihre Zeugenaussage bezahlt wurden. Einer dieser Leute gab zu, daß er selbst einige vierzig Scheunen angezündet habe und daß er jetzt dreihundert Dollar im Monat bekomme. Bei dem Prozeß von William Broß Lloyd in Chicago, der wegen seiner Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei angeklagt war, wurde ein ähnlicher Zeuge vorgeführt. Santeri Nourteva vom Sowjetbureau in Newyork hat behauptet, daß Louis C. Fraina, der Herausgeber des „Revolutionary Age“ ein Regierungsspitzel sei, und daß Fraina für die kommunistische Partei diejenigen Stellen in ihrem Programm und ihren Broschüren geschrieben habe, die dann benutzt werden konnten, um Mitglieder der Partei zu verhaften und zu deportieren. Am 27. Dezember 1919 sandte der Vorsitzende des politischen Bureaus vom Justizdepartement in Washington seinem lokalen Bureau ein Telegramm, das folgende Sätze enthielt:

„Arrangieren Sie durch Ihre Vertrauensleute Massenversammlungen der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Arbeiterpartei in der festgesetzten Nacht. Ich bin durch mehrere Beamten schon darüber informiert, daß solche Versammlungen jetzt mühelos arrangiert werden können.“ So konnte dem Richter O. W. Anderson die Tätigkeit der Provokateure bewiesen werden, daß er folgendes erklärte: „Was fast außerhalb jeder vernünftigen Erwägung scheint, ist Tatsache: Die Regierung hat einen Teil der Kommunistischen Partei in der Hand und operiert mit ihm.“

Richter Anderson scheint nicht die hohe Meinung des Autors von „Hundert Prozent“ über das „Vertrauensmänner“-System zu teilen. Richter Anderson sagt: „Ich kann mich nicht mit der Meinung einverstanden erklären, daß Regierungsspitzel vertrauenswürdiger oder weniger geneigt seien, aus persönlichem Profitinteresse Unruhen zu provozieren, als die Spitzel der Privatindustrie. Außer in Kriegszeiten, wenn sogar ein Nathan Hale sich zum Spion hergibt, rekrutieren sich die Spitzel immer notwendigerweise aus den verdorbenen und vertrauensunwürdigen Schichten der Bevölkerung. Ein aufrichtiger Mann weist eine solche Beschäftigung weit von sich. Das Unheil, welches das Spitzelsystem auf Jahrzehnte hinaus mit sich gebracht hat, ist unberechenbar. Ehe es nicht ausgerottet ist, können anständige menschliche Beziehungen zwischen Unternehmern und Angestellten und sogar zwischen den Angestellten selbst überhaupt nicht existieren. Es zerstört jedes Vertrauen, es tötet die Zuneigung zwischen den Menschen, es propagiert den Haß.“

Bis zu welchem Maße haben die Regierungsbehörden Amerikas den Roten die durch die Gesetze und die Konstitution garantierten bürgerlichen Rechte verweigern müssen? Der Leser, der sich für diese Frage interessiert, sende 25 Ct. an die American Civil Liberty Union, 138 West 13 th Street, New York, für die Broschüre: „Bericht über die illegalen Handlungen des amerikanischen Justizministeriums“, die von zwölf hervorragenden Rechtsanwälten des Landes unterzeichnet ist und ein Gutachten der Harward-Rechtsschule enthält. Diese Broschüre enthält auf 76 Seiten zahlreiche Dokumente und Photographien. Das Vorgehen der Regierung wird nach sechs Gesichtspunkten hin eingeteilt: Grausame und ungewöhnliche Bestrafungen; Verhaftungen ohne Vollmacht; unvernünftige Haussuchungen und Beschlagnahmen; Lockspitzel; auf Verhaftete ausgeübter Zwang, Zeugnis gegen sich selbst abzulegen; durch das Justizministerium organisierte und geführte Propaganda. Der Leser frage auch nach einer anderen Broschüre mit dem Titel „Memorandum über die Verfolgung der radikalen Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten“, wie auch nach der Broschüre „Kriegsverfolgungen und Massenverbrechen“, vom März 1919 datiert, die eine Liste von Fällen auf 40 engbedruckten Seiten enthält. Er lese ferner den „Rand School-Fall“, veröffentlicht von der Rand School of Social Science, 7 East 15 th Street, New York, und die Broschüren, die das Bureau der sozialistischen Partei, 220 South Ashland Blvd., Chicago, veröffentlicht hat und die sich mit den Verfolgungen dieser Organisation beschäftigt.

Bis zu welchem Maße hat es sich als notwendig erwiesen, die Tortur in amerikanischen Gefängnissen gegen die Roten anzuwenden? Diejenigen, die sich hierfür interessieren, mögen an Harry Weinberger, 32 Union Square New York, schreiben und die Broschüre „20 Jahre Gefängnis“ verlangen, die den Fall der Mollie Steiner und noch drei anderer behandelt, die verurteilt wurden, weil sie ein Flugblatt gegen den Krieg mit Rußland verteilt hatten. Aehnliche Fragen behandeln die Broschüren „Politische Gefangene in militärischen Gefängnissen“, von der amerikanischen Civil Liberty Union, „Onkel Sam: Der Gefängnisaufseher“ von Winthrop D. Lane, „Der Sowjet von Deer Island, Bostonhafen“, u. a.

Irgend ein Leser, der vielleicht einen besonders ausgesprochenen Sinn für Humor hat, wird fragen nach dem Bruder jenes Senators der Vereinigten Staaten, der verhaftet wurde, weil er einen Abschnitt aus der Unabhängigkeitserklärung vorlas. Auch damit kann ich dienen. Dieser Herr war der Bruder des Senators France of Maryland, und sonderbar genug, die Verhaftung wurde in Philadelphia vorgenommen, derselben Stadt, in der die Unabhängigkeitserklärung angenommen wurde. Ein anderer Leser wieder wird neugierig sein, wer denn der Prediger sei, der in Winnipeg verhaftet wurde, weil er den Propheten Jesaia zitierte.

(Fortsetzung folgt.)

anlagen. Jeder möge mit gutem Beispiel vorangehen und auf andere Besucher einwirken, daß die Parkanlagen rein gehalten werden. Ebenso nötig ist es auch, bei Ausflügen in Wäldern und an Seen darauf zu achten, daß Papier- und Speisereste die Lagerplätze nicht verunzieren. Sind keine Behälter für Abfälle aufgestellt, so wird es überall leicht sein, diese zu vergraben. Andernfalls wird es jedermann möglich sein, die Abfälle mitzunehmen.

Ungenügende Schulräume für die Taubstummen

Die am 25. Mai 1921 tagende Elternversammlung der städtischen Taubstummenschule hat folgende Entschließung gefaßt:

Wir sind hinsichtlich der räumlichen Verhältnisse der städtischen Taubstummenschule in großer Sorge, weil die Räume zurzeit völlig unzureichend sind und die Ausbildung unserer Kinder, die uns wegen ihrer Gehör- und Sprachlosigkeit doch besonders am Herzen liegt, schweren Schaden leidet. Wichtige Unterrichtsfächer müssen wegen Raummangels ausfallen, andere können aus dem gleichen Grunde nur ungenügend erteilt werden.

Durch die Verlegung einiger Klassen in die Schulgebäude in der Langen Straße ist der gesamte Unterrichtsbetrieb zerrissen. Seit 10 Jahren ist der Notstand von der Behörde anerkannt. Durch die Eingemeindung der bisherigen Vororte droht er unerträglich zu werden. Im Interesse unserer Kinder bitten wir die städtischen Behörden, der städtischen Taubstummenschule endlich geeignete und zureichende Räume zur Verfügung zu stellen.

Unsere Stadtverordnetenfraktion hat der Berliner Stadtverordneten-Versammlung folgenden Antrag unterbreitet: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen: Das Polizei-Präsidium ist zu ersuchen, folgende ihm durch das Lichtspielgesetz vom 12. Mai 1920 eingeräumten Befugnisse auf das Städtische Jugendamt, bzw. die Bezirksjugendämter zu übertragen: 1. Genehmigung einer zur Vorführung von Bildstreifen gehörigen Reklame an den Geschäftsräumen und öffentlichen Anschlagsäulen sowie Reklame durch Druckschriften, soweit es sich nicht lediglich um Verbreitung von Programmen ohne Zusätze handelt. 2. Zulassung von Bildstreifen über Tagesereignisse und Bildstreifen, die lediglich Landschaften darstellen. 3. Genehmigung von Bildstreifen, die vor Inkrafttreten des Lichtspielgesetzes vom 12. Mai 1920 hergestellt und in den Verkehr gebracht und nicht innerhalb eines Jahres vom Inkrafttreten des Gesetzes ab von der amtlichen Filmprüfstelle Berlin zugelassen sind. — Die Ortspolizeibehörde verleiht den von den Bezirksjugendämtern mit der Ueberwachung des Lichtspielwesens, der Reklame und des Besuchs der Lichtspielvorführungen betrauten und mit Ausweis des Jugendamtes versehenen Personen die Eigenschaft polizeilicher Hilfsbeamten. Das Recht und die Pflicht der Ortspolizeibehörde und ihrer Organe zum Eingreifen bei Verletzung gesetzlicher Vorschriften bleibt unberührt."

Nachtszene am Bahnhof Friedrichstraße. In der vergangenen Nacht gegen 12½ Uhr fuhr der 21jährige Fabrikbesitzer S. aus Alt-Moabit in Begleitung zweier „Damen" und in sehr animierter Stimmung, in einem Auto die Friedrichstraße entlang. Nachdem er seiner Stimmung durch Johlen und Singen, soweit das noch möglich war, gehörigen Ausdruck gegeben hatte, machte er sich das Vergnügen, am Bahnhof Friedrichstraße die Passanten zu verulken. Dabei kam er aber an die Unrechten. Mehrere Männer traten an das Auto heran, verbaten sich derartige Redensarten und fielen schließlich, als er ihnen mit den Worten: „Vom Auto weg oder ich schieße!" einen Revolver entgegenhielt, über hin her. Er erhielt eine derartige Tracht Prügel, daß er mehrere Kopfwunden davontrug.

Vermißt wird seit dem 8. d. M. die 16½ Jahre alte Kontoristin Gertrud Regler aus Neukölln, Herzbergstraße 28. Sie war bei ihrem Fortgang zur Arbeitsstelle nach der Köpenicker Straße bekleidet mit schwarzgemusterterz Kleid und rotem Tagalhut. Selbstmord erscheint ausgeschlossen, dagegen ist eine Verirrung möglich, da sie vor längerer Zeit infolge Stirnhöhlenvereiterung operiert wurde. Besonderes Kennzeichen: eine vier Zentimeter lange Narbe an der linken Halsseite. Die Eltern bitten um Mitteilung, wenn jemand Angaben über den Verbleib machen kann.

Neukölln. Wieder ist ein alter Parteigenosse und Mitkämpfer von uns gegangen. Genosse Karl Kerstenhann, nicht alt als Mensch, erst 39 Jahre alt, aber reich an Jahren als Mitkämpfer in politischer und gewerkschaftlicher Beziehung, ist er nach monatelangem schwerem Leiden vor 14 Tagen der Proletarierkrankheit erlegen. Er ist den alten Genossen noch als jahrelanger unermüdlicher Funktionär und Bezirksführer bekannt und werden ihm die Neuköllner Genossen dauernd ein gutes Andenken bewahren.

Das nächste städt. Volkskonzert des Blüthner-Orchesters, welches am Montag, den 13. d. M., in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10—11, stattfindet, bringt ein Programm lebender Komponisten. Karten sind zu haben bei Horsch, Engelufer 15; „Vorwärts", Lindenstr. 2, „Freiheit", Breite Straße, sowie an der Abendkasse.

Verbandstag der Holzarbeiter

k. r. **Hamburg**, 7. Juni.

Die der Vorstandsberichterstattung nachfolgende Diskussion erhielt in den ersten Stunden durch Freigang-Berlin die am schärfsten oppositionelle Tönung. Die Ursachen des seit dem 2. Quartal einsetzenden Mitgliederrückganges seien nicht die Krise allein und die politischen Auseinandersetzungen in der Organisation, sondern das Empfinden, daß die Entwicklung nach dem Kapp-Putsch eine reaktionäre wurde und die der Arbeiterschaft gegebenen Versprechungen und die getroffenen Abmachungen nicht gehalten wurden. Der Vorstand habe auch Verschleierungspolitik getrieben, indem er den von der Berliner Zahlstelle vorgenommenen Ausschluß Rookes aus dem Verband zu umgehen suchte. — Auch Böse-Berlin, führte aus, daß die zentralen Verbandsleitungen viel schärfer gegen das Arbeitslosenelend hätten vorgehen müssen. Gewiß habe der Vorstand sich alle Mühe gegeben, der Arbeitslosigkeit und ihren Folgen zu Leibe zu gehen, aber seine Mittel seien eigentlich nur Palliativmittel gewesen. Redner entwickelte einen Vorschlag, die Arbeitslosen in den Produktionsprozeß einzureihen. Vor allem müsse die Arbeitszeit gesetzlich in allen Industrien, in denen Arbeitslosigkeit vorhanden, herabgesetzt werden, um die Arbeitslosen unterzubringen. — Schon vorher hatte Freiberger-München lebhaft kritisiert, daß nicht viel mehr

Nachdruck auf die Arbeitslosenfrage

aufgewendet, eventuell das ganze Schwergewicht der Arbeiterschaft in die Wagschale geworfen wurde. — Auch Meyer-Nürnberg wendete Kritik an, insbesondere, daß nicht mehr in der sozialistischen Erziehungs- und Entwicklungsrichtung getan worden sei.

Die Anstellung des Volkswirtschaftslehrers durch den Vorstand sei zu begrüßen. Auch die Holzbewirtschaftung sei immer wieder mit Volkswirtschaftlern zu besprechen, die auf gemeinwirtschaftlichem Boden stehen. — Auch Kellermann-Stuttgart behandelte die Arbeitslosenfrage, in der er die Auffassung Tarnows zu optimistisch fand. — Sigmund-Karlsruhe war mit dem Vorstandsbericht voll einverstanden. Auch die Behandlung des Halleschen Konflikts sei zu billigen. Dieser und andere Redner (Enderle-Eßlingen, Rennecke-Dortmund) erörtern Fragen verwaltungstechnischer und organisatorischer Art, sie schlagen diverse Maßnahmen vor und billigen die Anstellung eines Volkswirtschaftlers.

Auch am zweiten Diskussionstage meldeten sich neben den Delegierten, die sich im allgemeinen mit den Maßnahmen des Vorstandes und der Haltung der „Holzarbeiter-Zeitung" vollständig einverstanden erklärten, Kritiker des Vorstandes (Janruschek-Leipzig, Müller-Halle, Braukmüller-Bremen u. a.) ausgiebig zum Wort, aber die Kritik hielt sich im ganzen in sehr sachlichen Bahnen.

Auch Thomas-Berlin wünscht Aenderung der Tendenz der Frauenbeilage dahin, daß sie die Frauen mehr als bisher zu gewerkschaftlichen Kämpferinnen erziehe. Auch andere Redner empfehlen stärkere Erziehung der Mitglieder zu Klassenkämpfern. Möglichste Tolerierung Andersdenkender sei am Platze und in dieser Beziehung z. B. die Haltung des Vorstandes gegenüber den Haller Kollegen die richtige. Leopold-Berlin und andere billigten die Anstellung des Volkswirtschaftlers. Ueberhaupt sei es Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung, sich stärkeren

volkswirtschaftlichen Einfluß

zu verschaffen, der sich auch politisch ausmünzen müsse. — Pflieger-Stuttgart wünschte scharfkritischere Behandlung mancher sozialpolitischer Fragen im Verbandsorgan; auch Fragen der Hygiene könnten mehr behandelt werden.

Bonn-Saarbrücken lenkte die Aufmerksamkeit auf das Saargebiet, in dem die vom Völkerbund eingesetzte Regierungskommission sich als Sachwalter kapitalistischer Interessen betätigt und z. B. das Betriebsrätegesetz nicht zur Ausführung kommen läßt. — Mönch-Halle schilderte die Haller Verhältnisse.

Im Laufe der Diskussion äußerte Graßmann (Vertreter des ADGB.) sich eingehender zu den Ausstellungen an der allgemeinen Politik des ADGB. Er bespricht insbesondere die Bemühungen des Gewerkschaftsbundes in der Arbeitslosenfrage, die Schwierigkeiten der Eingliederung der Arbeitslosen in die Produktion und die Zusammenarbeit mit der Arbeiter-Internationale in den Wiederaufbaufragen. Hier lagen Schwierigkeiten vor allem auch darin begründet, daß der mit dem Wiederaufbauministerium betraute französische Minister Loucheur zugleich der größte Baufpekulant ist, daß ferner die französischen Revanchisten dahin strebten, das zerstörte Gebiet möglichst lange als warnendes Menetekel bestehen zu lassen. — Ein Schlußantrag wurde angenommen, nachdem 22 Redner in der Diskussion gesprochen.

Nach einer Berichterstattung der vorberatenden Antragskommission sprachen Kayser und Tarnow die Schlußworte, die teilweise zu einer recht lebhaft zugespitzten Zurückweisung einiger Diskussionsredner wurde. Als Gesamteindruck der ganzen Diskussion des Vorstandsberichts konnte Tarnow konstatieren, daß die Kritik sich in durchaus mäßigen Grenzen bewegt habe und daß trotz der Einzelausstellungen meist anerkannt wurde, daß der Vorstand getan und auch erreicht hat, was in seinen Kräften stand und in der Möglichkeit lag.

Gegen wenige Stimmen wurde eine Resolution angenommen, die zum Arbeitslosenproblem Stellung nimmt und für die schleunige Durchführung der zehn Punkte des ADGB. zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eintritt. Weiter heißt es:

„Die Erfüllung der Wiedergutmachungsforderungen und die dringend notwendige Erstellung von Bauten im Inlande müssen von tiefgreifender Bedeutung für die Holzwirtschaft werden. Bei Aufrechterhaltung der freien Wirtschaft auf dem Holzmarkt würde durch den starken Holzbedarf erneut die Gefahr eines maßlosen Holzwuchers in greifbare Nähe gerückt sein. Der Verbandstag erneuert deshalb seine Forderung auf gemeinwirtschaftliche Regelung der Holzwirtschaft und erwartet von den gesetzgebenden Körperschaften und den Regierungen die alsbaldige Durchführung geeigneter Maßnahmen."

Gegen wenige Stimmen wurde auch ein Zusatzantrag angenommen: Bei der Regierung den Erlaß einer Notverordnung zu erwirken, daß für alle Betriebe, in denen mehr als 5 Prozent Kollegen arbeitslos sind, eine

Verkürzung der Arbeitszeit

eintritt, um die Arbeitslosen zu beschäftigen.

Für die Punkte 6 und 7 der 10 Punkte soll unverzüglich die ganze Arbeitermacht eingesetzt werden. Ferner gegen wenige Stimmen: Der Verbandstag erklärt sich mit den Maßnahmen des Vorstandes in allen Auseinandersetzungen mit der Zahlstelle Halle einverstanden und erwartet von ihr, daß sie den Anweisungen des Vorstandes Rechnung trägt.

Einstimmig wurde der Vorstand beauftragt, Maßnahmen vorzubereiten, die die Herabsetzung der Luxussteuer betreffen, weiter seinen Einfluß zur

Preisherabsetzung der Lebensmittel

geltend zu machen. Zur Berücksichtigung wurde dem Vorstand ein Antrag überwiesen, für Aenderung des Erwerbslosenfürsorgegesetzes dahingehend einzutreten, daß die Unternehmer durch einen Beitrag pro Kopf der Beschäftigtenzahl zur Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosen herangezogen werden.

Weiter wurde beschlossen, die vom Hauptvorstand beschlossenen 30 000 M. Anteil am Verband sozialer Baubetriebe auf 100 000 M. zu erhöhen.

Ferner: Das Holzarbeiterjugendblatt in größerer Auflage und mindestens einmal monatlich, das Frauenblatt alle 14 Tage als Beilage herauszugeben — diese beiden Beschlüsse mit der Modifizierung, daß der Verbandstag dem Vorstand für die Ausführung dieser beiden Anträge freie Hand beläßt. Die Anstellung Dr. Cassaus zu den vom Vorstand berichteten Bedingungen wurde einstimmig genehmigt.

Zum Pressebericht wurde folgende Resolution angenommen, in der es u. a. heißt:

Die „Holzarbeiter-Zeitung" soll von gesundem, gewerkschaftlichem Geist erfüllt sein. In den wirtschaftlichen Kämpfen der Holzarbeiter hat sie deren Interessen wahrzunehmen. Sie soll das Verständnis der Kollegen für die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge fördern, ihnen das

Wesen des Sozialismus

nahebringen und dadurch zu ihrer Erziehung zu Klassenkämpfern beitragen.

Weiter soll das Organ die **Einigkeit der Arbeiterschaft fördern** und sich gegen die kommunistische Zellenbildung wehren. Dem Redakteur wird das Vertrauen ausgesprochen, und die Anträge, die die Holzarbeiterzeitung betreffen, gelten als erledigt.

Auf Antrag der Revisionskommission, die die Bücher und Belege in bester Ordnung befunden, wurde dem Kassierer König Entlastung erteilt und auf ihren weiteren Antrag beschlossen, daß zukünftig die Revision der Bücher durch die Vorberatungskommission vor dem Verbandstag stattfinden soll.

Einem mit starkem Beifall aufgenommenen Referat des Vorstandsmitgliedes Jahn über „Aufgaben und Organisation der Betriebsräte" hatte der Referent Leitsätze zugrunde gelegt.

Die heute nicht beendete Debatte über das Referat wird zu Ende geführt werden im Anschluß an zwei Referate über „Lohn- und Vertragsbewegungen", mit denen der Verbandstag am Mittwoch in geschlossener Sitzung beginnt.

Gewerkschaftliches

Auch ein „Schlichtungsverfahren"

Die Klagen über die Praxis der Schlichtungsausschüsse und der Methoden des Demobilmachungskommissars reißen nicht ab. Diese Stellen scheinen nicht zu wissen, daß es ihre Aufgabe ist, Streitigkeiten, die aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis der Arbeiter entspringen, zu schlichten. In den meisten Fällen machen sich die Instanzen ihre Aufgabe sehr leicht, indem sie sich einfach die Argumente der — Unternehmer zu eigen machen, die Interessen derselben wahrnehmen und die Schlichtung suchenden Arbeiter mit salomonischen Sprüchen abspeisen. —

Der Transportarbeiterverband liefert uns in einer längeren Einsendung wieder Belege, in welcher Weise die Handelshilfsarbeiter im Textilgroßhandel, die seit März in einer Lohnbewegung stehen, an der Nase herumgeführt werden, und welch parteiische Behandlung durch die bezeichneten Stellen sie erfuhren. Einmal lehnt der Demobilmachungskommissar die „Zuständigkeit" ab, da diese erst grundsätzlich geregelt werden muß. Nachdem der Schlichtungsausschuß sich erneut mit dieser Materie beschäftigte, mußte er feststellen, daß **„das Schreiben des Demobilmachungsausschusses derartig unklar gefaßt war, daß die Kammer daraufhin keine Stellung nehmen konnte".**

Es wird festgestellt, daß die Löhne der verheirateten Arbeiter „nicht besonders hoch" sind, die Verlängerung des alten Vertrages ist deshalb von der Arbeitnehmerschaft einmütig abgelehnt worden, aber der Schlichtungsausschuß mit seinem unparteiischen Vorsitzenden verkündet folgenden „Schiedsspruch":

„Das am 30. 10. 20 getroffene Gehaltsabkommen wird bis zum 31. August 1921 verlängert und kann erstmalig Ende Juli 1921 mit monatlicher Frist gekündigt werden."

Das nennt man Schlichtung von Streitigkeiten! — Es ist unerhört, daß von seiten des Vorsitzenden nicht einmal der Versuch zu einer Verständigung gemacht worden ist. Ebenso unverständlich ist die Tatsache, daß durch Schiedsspruch unbefugterweise ein nicht mehr bestehendes Abkommen selbst über den Antrag der Arbeitgeber hinaus verlängert wird. Nach allgemeiner Auffassung ist die Aufgabe eines Schlichtungsausschusses eine andere.

Hiermit ist die Bewegung selbstverständlich noch nicht abgeschlossen. Die Handelshilfsarbeiter rüsten zum Kampf für eine menschenwürdige Entlohnung und werden bei dieser Gelegenheit für eine würdige Behandlung ihrer Forderungen Sorge tragen, denn auch ihre Geduld hat eine Grenze.

Fortführung der Rätegesetzgebung

Das über dieses Thema gehaltene Referat unseres Genossen S. Aufhäuser auf dem zweiten Bundestag der technischen Angestellten und Beamten erschien jetzt im Druck, im Verlag des Bundes und liegt bereits vor. Aus der Ungeklärtheit, in der sich bislang die Frage der Bezirkswirtschaftsräte befand, beginnen sich nun allmählich einige große Gesichtspunkte herauszukristallisieren. Zum ersten Male wird auch von gewerkschaftlicher Seite zum Aufbau der Bezirkswirtschaftsräte, ihrer Abgrenzung und ihrem Aufgabenkreis Stellung genommen. Aufhäuser beschäftigt sich u. a. in sehr eingehender Weise mit dem künftigen Schicksal der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, für deren Beibehaltung einflußreiche Unternehmerkreise mit allem Nachdruck eintreten. Die ebenso instruktiv wie interessant gehaltene Schrift ist auch gleichzeitig Kampfschrift gegen die Stinnesgruppe, die nach Auffassung des Verfassers versucht, durch Schaffung autonomer Wirtschaftsprovinzen die zentralgeleitete Wirtschaft des Reiches zu durchbrechen. Es ist allen Funktionären der Angestellten- und Arbeiterbewegung zu empfehlen, sich diese wichtige Schrift zu kaufen, deren Preis 2 Mark, für Mitglieder 1,50 Mark einschließlich Porto beträgt.

Von der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge

Es gibt immer noch Arbeiter, und nicht nur einzelne Arbeiter, sondern auch Arbeiterorganisationen, die zwar Zeter und Mordio schreien, wenn sie die von den freigewerkschaftlichen Organisationen erstrittenen Tarifrechte nicht mitgenießen, es aber nicht für notwendig halten, sich den gewerkschaftlichen Kampforganisationen anzuschließen. Sie sehen vielfach sogar eine „vaterländische Pflichterfüllung" darin, diesen Gewerkschaften in den Rücken zu fallen. Der Zentrumsabgeordnete Erzing hielt es für ein großes Unrecht, daß die nicht- und reaktionär-organisierten Arbeiter nicht von den Betriebsräten überall in der gleichen Weise geschätzt werden wie die den maßgebenden Gewerkschaften angeschlossenen Arbeiter. Er bezeichnete es in einer Anfrage an die Reichsregierung als eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit und Unterdrückung der Minderheitsorganisationen, „wenn nicht dafür gesorgt werde, daß die Minderheitsorganisationen zu Tarifverhandlungen und Tarifabschlüssen völlig gleichberechtigt hinzugezogen" würden, und fragt die Regierung, was sie tun wolle, damit die Betriebsräte auch die Tarifrechte auf die Arbeiter ausdehnen, die einer Organisation angehören, die am örtlichen Tarifabschluß nicht beteiligt war.

Der Reichsarbeitsminister antwortete darauf, daß zwar das Reichsarbeitsministerium dafür eintrete, daß zu den Tarifverhandlungen alle tariftreuen und von den Arbeitsgemeinschaften anerkannten Gewerkschaften, die sonst an Tarifverträgen teilnehmen, hinzugezogen werden. Solange aber nicht gesetzliche Bestimmungen nach dieser Richtung bestehen, lehne es die Allgemeinverbindlichkeit solcher Tarifverträge ab. Für die Betriebsräte könne aus ihren Aufgaben nicht der Schluß gezogen werden, daß Arbeiter, die überhaupt keinem Verbande oder einem am Tarifvertrag nicht beteiligten Verbande angehören, Ansprüche aus Tarifverträgen zustehen, sofern diese nicht für allgemeinverbindlich erklärt worden sind.

Funktionärversammlung des Zentralverbandes der Angestellten. In der gutbesuchten Versammlung im „Lehrervereinshause" am 9. Juni, erstatteten die Groß-Berliner Delegierten den Funktionären der Ortsgruppe Bericht über die Ergebnisse des Verbandstages. Es sprachen die Kollegen Cohn, Flatau, Fritz Schmidt, Maynz und Jungblut, welche sämtlich zum Verbandstag delegiert waren. Hiernach hat der Verbandstag selbst und insbesondere die Berliner Delegation gute Arbeit geleistet. Die Resolution des Beirats, daß Kommunisten weder Funktionär- noch Beamtenstellen bekleiden dürfen, wurde trotz ihrer Annahme durch den Verbandstag mit 63 gegen 59 Stimmen nach diesem Resultat zu Fall gebracht und zurückgezogen, sowie durch eine einstimmig gefaßte Resolution ersetzt, daß auch Kommunisten alle Verbandsämter bekleiden können, wenn sie die Beschlüsse der Amsterdamer Internationale, der Gewerkschaftskongresse und der Verbandstage anerkennen und für dieselben eintreten. Der Verbandstag hat sich einstimmig und ohne Diskussion gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus ausgesprochen. Der Kartellvertrag zwischen A. D. G. B. und Afa-Bund wurde mit 76 gegen 47 Stimmen gutgeheißen. Zwischen dem Ortskartell des Afa-Bundes Groß-Berlin und der Berliner Gewerkschaftskommission ist ebenfalls ein Kartellvertrag abgeschlossen, der dem Z. d. A. die Zusammenarbeit mit der Berliner Gewerkschaftskommission in derselben Weise wie seit Jahrzehnten auch für die Zukunft gewährleiste. Zu dem internationalen Angestelltenkongreß in Wien wurde vom Verbandstag aus dem Bezirk Groß-Berlin der Kollege Hugo Cohn delegiert. Zum Afa-Gewerkschaftskongreß in Düsseldorf sind die Kollegen Flatau, Körpel und Sehner gewählt und in den Verbandsbeirat die Kollegen Schröder, Körpel, Sehner und Krüger. Ein fünfter Sitz ist vom Bezirk Groß-Berlin nach der vollzogenen Verschmelzung des Angestelltenverbandes mit dem Z. d. A. durch einen Kollegen dieser Gruppe zu besetzen. Der Vorsitzende Hugo Cohn forderte zum Schluß die Anwesenden auf, die vom Verbandstag geleistete Arbeit nun praktisch durch Aufklärung der Kollegen und intensiver Tätigkeit im Sinne der Verbandstagsbeschlüsse in die Tat umzusetzen.

Parteiveranstaltungen

Sonnabend, 11. Juni

2. Distrikt. Bildungskommission 7 Uhr Sitzung im Restaurant Salmstraße 40.

Verwaltungsbezirk Neukölln. Die Bezirksführer wollen im Laufe des heutigen Nachmittags Materialien im Parteibureau abholen.

Neukölln. Die Mitglieder der Geschäftsleitung und die Tourenführer der Landagitationskommission treffen sich zu einer Besprechung abends 7 Uhr pünktlich im Parteibureau.

Sonntag, 12. Juni

19. Distrikt (alter 3. Distrikt). 2. Abteilung. Familienausflug. Treffpunkt Bahnhof Dorfstraße früh 8 Uhr. Fahrt bis Mahlow, nicht Dahlewitz. Nachzügler Blankenfelde, Restaurant „Zum Schwan".

Niederbarnim-Nord. Vorm. 10 Uhr in Oranienburg, Mühlenstraße, bei Seegert, Konferenz aller Gemeindevertreter und Funktionäre. Vortrag des Genossen Schröder-Veitz über: „Finanzpolitik in den Gemeinden".

Montag, 13. Juni

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Montag, den 13. Juni, abends 7 Uhr, Konferenz aller Landagitationskommissionen der Provinz Brandenburg in der Arbeiter-Bildungsschule, Berlin, Breite Straße 8-9.

Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg. 7 Uhr Fraktionssitzung bei Hoffmann, Lychener Straße 8.

Vereinskalender

Sonntag, 12. Juni

Sozialistische Proletarier-Jugend. Tour nach Buch—Karlshorst. Treffpunkt 6 Uhr Bahnhof Putlitzstraße.